

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM.  
mit Anzeigen, einzelne Nummern 15 Reichspfennige :: Gemeinde-Verbands-Girokonto  
Nr. 3 :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde  
Nr. 403 :: Postcheckkonto Dresden 12 549

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite  
Postseite 20 Reichspfennige. Eingeckt und  
Reklame 80 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Heinz Sehne. — Druck und Verlag: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Nr. 68

Freitag, am 21. März 1930

96. Jahrgang

Auf Blatt 320 des hierigen Handelsregisters, betreffend die Firma Schälich & Höllig in Possendorf, ist heute eingetragen worden, daß die Firma und die Prokura der Buchhalterin Hedwig Margarete Rothe in Bannewitz erloschen ist.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 19. März 1930.

### Bersteigerung.

Sonnabend, den 22. März 1930, 11 Uhr vormittags, sollen im gerichtlichen Versteigerungsraume ein großer Posten Ringpinsel, Weißbüsten, drei Riesen-Toilettesellen, eine Apothekerwage, je ein Jäh Bleis und Delweiss, ein Herren- und ein Damenfahrrad öffentlich und meistbietend gegen Verzollung versteigert werden. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

### Polizeiverordnung zum Schutz der nützlichen Vogelwelt.

Zur Durchführung eines wichtigen Schutzes der Singvögel und der für den Obst- und Gartenbau und die Land- und Forstwirtschaft nützlichen Vogelwelt wird auf Beschluss der Stadtverordneten folgende Verordnung gegen das Überhandnehmen und das Freimachenlassen der Rähen erlassen:

In der Zeit vom 1. April bis 31. Juli jedes Jahres — der Brutzeit der Vögel unserer Gegend — ist allen in Dippoldiswalde gehaltenen Rähen ein Breitchen im Ausmaße von 7,5×13 cm (genanntes Vorhemdchen) mittels eines Bandes so um den Hals zu hängen, daß es nicht abgekriest werden kann. Das Breitchen hindert die Rähe lediglich am Erkletern der Bäume und Sträucher und damit am Plänken der Vogelnest, nicht aber am Mäusefangen.

Rähenbretchen können gegen Erstattung der Selbstkosten von 20—25 Pf. in der Polizeiwache entnommen werden.

Die Polizeibeamten, die zur strengen Überwachung der obigen Anordnung angewiesen sind, sind berechtigt, ohne Breitchen umherlaufende Rähen zu erschießen. Mit dieser Maßnahme soll die Beseitigung herrenloser Rähen erreicht werden.

Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. bestraft.

Die Polizeiverordnung zum Schutz der Singvögel vom 17. April 1929 wird hiermit aufgehoben.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 20. März 1930.

### Brennholz-Auktion

Montag, den 24. März, im Schwarzbachtal. Treffpunkt 1½ Uhr nachmittags an der Kiesgrube Wolframsdorfer Straße.

Städtische Forstverwaltung.

**Freibau.** Heute Freitag nachmittag 5 Uhr Verkauf von Kindstisch.

### Deutsches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Der am 31. 7. 97 geb. Ingenieur Walter Apel in Bannewitz hatte sich gestern vor dem hierigen Amtsgericht zu verantworten, weil er am 25. Oktober mit seinem Kraftwagen in der Kurve der Dresden-Altenberger Straße gegenüber dem Rittergut Possendorf angeblich ein in gleicher Richtung nach Dippoldiswalde fahrendes Lastauto mit Anhänger überholt und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet haben soll. Vom Gemeinderat zu Possendorf erhielt er deshalb am 15. Januar eine Strafsurkunde über 10 RM. Dagegen legte er Einspruch ein und beantragte gerichtliche Entscheidung. In der gestrigen Hauptverhandlung wurde der Angeklagte freigesprochen. Weiter war der am 18. 4. 06 geb. Geschäftsführer Hellmuth Hoffmeister in Dresden angeklagt, am 23. Oktober auf der Staatsstraße Dresden-Altenberg innerhalb des geschlossenen Ortsteiles Oberhälslich in der Richtung nach Dresden mit seinem Kraftwagen eine Geschwindigkeit von 49 Kilometern in der Stunde gefahren zu sein. Er hat somit den für das Fahren in geschlossenen Ortschaften vorgeschriebene Stundengeschwindigkeit von 30 Kilometern erheblich überschritten. Von der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde erhielt er deswegen eine Strafsurkunde über 10 RM. Dagegen legte er Einspruch ein und beantragte gerichtliche Entscheidung. Zu der gestrigen Hauptverhandlung war der Angeklagte nicht erschienen. Es wurde ein neuer Hauptverhandlungstermin anberaumt, zu dem der Beschuldigte vorgeführt wird.

Ein Sensations-Großfilm wird an den nächsten Spieltagen in den Ur-Ni-Lichtspielen laufen: Abenteuer G. m. b. H. Carlo Albini spielt in der Hauptrolle. Ein reiches Beiprogramm wird außerdem gezeigt.

Der Sächsische Lehrerverein hat zu der Verordnung über ein Probejahr der akademisch gebildeten Volks- und Berufsschullehrer eine Entschließung gefaßt, in der es am Schlusse heißt: Ganz abgesehen davon, daß der Sächsische Lehrerverein nach der pädagogischen Vorbildung der akademisch gebildeten Lehrer die sachliche Notwendigkeit dieser

Neuerung nicht anerkennt kann und daß es irreführend ist, wenn der Offenheit gegenüber lediglich von einer Angleichung der Volkschullehrer an die höheren Lehrer und andere akademische Berufe gesprochen wird, hält der Sächsische Lehrerverein die Regierung nicht für berechtigt, auf dem Verordnungswege unter Ausschaltung der Volksvertretung vor Erlass des Haushaltsgesetzes eine so einschneidende Maßnahme zu treffen. Der Sächsische Lehrerverein erwartet daher vom Landtage, daß er die Zustimmung der Verordnung verlangt.

Bor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden hat sich der am 18. Mai 1892 zu Zulda geborene frühere Professor Fritz Müller wegen Unterschlagung zu verantworten. Müller war seit 8 Jahren als Professor und Bevollmächtigter bei der Firma Frenzel & Lein A.-G., Dresden angestellt und hatte sich im Laufe von 1½ Jahren Gelder und Scheine in der Gesamthöhe von ca. 67 000 RM. anzueignen verstanden und diese Unterschlagungen durch geschickte Buchfälschungen verschleiert. Die gesamten Gelder hat er respektlos verworfen. Laut Aufsichtsratsbeschluß muß der unterschlagene Betrag von den Direktoren der Aktiengesellschaft wieder zugeschürt werden. Müller, ein bisher unbekannter Mensch, wurde unter Berücksichtigung seiner sonst guten Leistungen und Führung bei oben genannter Firma wegen Unterschlagung und Untreue zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die bürgerlichen Ehrentrechte sind dem Angeklagten nicht abgesprochen worden.

Seifersdorf. Am Montag ist mit dem Umbau der Orgel begonnen worden. Auch die Kirchengemeinde Seifersdorf mußte, der Not der Zeit gehorchnend, während des Weltkrieges das Zinn ihres Orgelwerks zum Opfer bringen und hat sich bisher mit Ersatzpfählen aus Holz behelfen müssen, da die Mittel zur Umhäufung von neuen nicht vorhanden waren. Durch Orgelfreudigkeit der Kirchengemeindemitglieder ist nunmehr die ganze Summe zur Neuerung gezeichnet worden. Der Einbau soll ungefähr 14 Tage dauern. Während dieser Zeit ist ein Harmonium zur Verfügung gestellt, womit der gesangliche Teil des Gottesdienstes in verkürzter Form aufrecht erhalten wird. Bei der Konfirmationsfeier am Palmsonntag soll das neue Werk seiner Bestimmung übergeben werden.

Seifersdorf. Die Zahl der heute entlassenen Schulkinder ist im Vergleich zu anderen Jahren klein, was darin zu suchen ist, daß die Kinder dieses Jahrganges in der Kriegszeit geboren wurden. Zur Entlassung kommen 10 Mädchen und 3 Knaben, und zwar aus Seifersdorf 8 Mädchen und 2 Knaben, aus Spechtritz 2 Mädchen und ein Knabe.

Seifersdorf. Uns wird geschrieben: Eine recht zahlreiche Jägerschaft hatte sich gestern abend im Gasthof zum Vertragsabend des Nationalsozialistischen Jägervereins eingefunden. In marodier Weise lobte der Redner die leichte Verkehrbarkeit der deutschen Arbeiter, wie wäre es z. B. sonst möglich gewesen, durch ein paar schöne Worte den Monitionstreik im Kriege zu arrangieren, der 200 000 breven deutschen Frontsoldaten das Leben kostete. Möchte man sich schon damals die geringsten Gedanken von den katastrophalen Auswirkungen dieser Kampfpolitik? Doch nicht nur vertrieben, sondern auch leichtgläubig sind wir Deutschen. Anhand eines historischen Plakates vom 13. November 1918 stellte der Redner die Wirklichkeit vor Augen und geradezu groß war der Unterschied, was die Sozialdemokratie versprochen und gehalten hat. Nur einige kurze Sätze sollen zeigen, wie schamlos die deutsche Arbeitersoße betrogen wurde: „Ohne Union und Kontraktion beginnen wir jetzt einen Frieden der Verfassung!“ — Die englische Flotte hat die rote Fahne gehisst. — Die Weltrevolution marschiert. — Der Kapitalismus gehört einer entzündeten Zeit an. — Die Republik schafft jedem Arbeit und Brod. (!!) — Die Lebensmittelpreise werden herabgesetzt. — Wir beginnen von nun an ein Leben der Freiheit, Schönheit und Würde.“ Wenn dieses alles der Wahrheit entspräche, wären die Nationalsozialisten überflüssig, doch gegen Zug und Zug kämpft jeder redlichste deutsche Mann! Nunne der „Vorwärts“ nicht den Domespian das größte Kördinstrument Deutschlands. Warum stimmen dann Deutsche und Volkspartei dafür, und warum feierte die Sozialdemokratie die Annahme dieses Schandvertrags als den größten Sieg ihrer Partei? Wir danken für diese „Siege“, besonders für die größeren! — Wir Deutschen müssen den Hoffen und dinkel befreien lernen und zum Vorbild unseres Denkens und Handelns den August 1914 nehmen — Arbeiter der Stirn und Faust vereint eich! Deutschland erwacht!

Cunnersdorf. Freitag, am 21. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthof Uhlmann öffentliche Gemeindeverordnetenversammlung statt. Tagesordnung: Anträge und Meldungen. Wahl der Bürgermeister-Stellvertreter. Gemeindezuschlag zur Grund- und Gewerbeuer 1930. Raufläche und Grunderwerbssteuer Althörer und Dingler betreffend. Hundesteuer 1930. Arbeitsleistung bei unterstützenden Erwerbslosen aus der Wohlfahrtspflege. Beschaffung von 25 Erholungsbäumen. Antrag Adner: Einführung der Kinderpeisung in der Schule. Verschiedenes.

Altenberg. Unter den Kindern der Volkschule sind zahlreiche Malariaerkrankungen vorgekommen.

Um Dienstag fand die Übersichtserhebung der Kantorei in der Wohnung des bisherigen Vorstechers, Grundig, nach dem „Auen Amthaus“ zum neuen Vorsteher Heder statt.

Bekanntlich wechselt das Vorstandamt in der Kantorei alljährlich und geht auf das nächste Mitglied über. Die Überführung der Laden ist ein uralter Brauch.

Dresden. In der Nacht zum Freitag wurde in der Polizeiwache am Sachsenplatz eine Altentasche mit Lichtbildern und Illustrierten der 36 Jahre alten Stilie Kaiser von hier abgegeben. Zwei Männer wollen die Tasche kurz vorher auf der Albertbrücke gefunden und von noch unbekannten Personen gehört haben, daß die Frau von der Brücke in die Elbe gesprungen. Die Kaiser hat ihre Arbeitsstätte in einer Gastwirtschaft gegen 1 Uhr nachts verlassen und ist nicht in ihre Wohnung gekommen. Sie wurde bisher auch nicht aufgefunden. Zeugen des Vorganges auf der Albertbrücke werden um Mitternacht nach dem Kriminalamt, Zimmer 132, gebeten.

Schönfeld bei Dresden. Die über 400 Jahre sogenannte Gerichtslinde, die unweit des Schlosses stand, ist dieser Tage umgestürzt. Vor Jahren hatte man durch Ausmauern des unteren Stamms und Anbringen von Klammern versucht, sie zu erhalten, jetzt aber hat das hohe Alter die Lebenskraft des Baumes verloren lassen.

Meschen. Auf der Bahnhofstraße zwischen Deutschenbora und Miltitz-Roitzsch hat sich am Mittwoch in der neunten Stunde ein Tischlermeister aus Heinig, der sich in geschäftlichen Schwierigkeiten befand, bei Münzig vor den Zug geworfen, so daß er den sofortigen Tod fand. Der Unglüdliche tat den Schritt kurz vor der Zwangsaussteigerung seines Besitzes.

Freiberg. Der Freiberger Verkehrsverein hat beschlossen, den historischen Streittag, verbunden mit einer Bergparade und der Aufführung des Anaderischen Bergmannsgrußes, möglichst schon im laufenden Jahre neu einzuführen zu lassen und dadurch einen Hauptanziehungspunkt für Fremde zu schaffen.

Leipzig. Eine Ehefrau begegnete in der 4. Nachmittagsstunde einem unbekannten Manne, der eine ihr gehörige Reiseledertasche bei sich trug. Sie fragte ihn, wohin er mit der Tasche wolle, und forderte ihn auf, mit nach ihrer Wohnung zu kommen. Hier nahm sie ihm die Tasche ab, worauf der Unbekannte die Flucht ergriff. Die Tasche hatte er mit Nachschlüssel aus der Bodenlammer gestohlen.

Liebsnig. Ein Todesfall, der in seiner Tragik erschüttert, hat sich am Sonntag nachmittag ereignet. Der hiesige praktische Arzt Dr. Zehl, der mit seiner Gattin an dem Festkonzert anlässlich des Nagler-Jubiläums in der Kirche teilgenommen hatte, ist kurze Zeit, nachdem er wieder in seiner Wohnung angekommen war, infolge eines Herzschlags gestorben. Mit Dr. Alfred Zehl ist nun auch der letzte der drei Söhne des Schuhfabrikanten Bruno Zehl dahingegangen. Alle drei sind sie mittler aus dem Schaffen gerissen worden und haben ihre Kinder unerwachsen zurückgelassen.

Flöha. Bei einer Entlassungsfeier in der Gewerbeschule ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall, der hellste Empörung auslöste. Als Direktor Morgenstern im Anschluß an seine Entlassungsrede Prämien für Fleisch und gutes Getragen verteilte, wies der abgehende Schüler Willy Lössner, der Sohn eines kommunistischen Gemeindeverordneten, die ihm zugedachte Prämie, ein Fachbuch für Zimmerleute im Werte von 12 RM., mit dem Bemerk zu, daß er von Kapitalisten nichts entgegennehme, um sodann eine allgemein hehrende kommunistische Agitationsteile zu beginnen. Er mußte schließlich aus dem Saale verwiesen werden, da er nicht zum Schweigen zu bringen war. Bemerkenswert ist, daß der Vater des vielversprechenden Burschen dem Handels- und Gewerbeschulausschuß selbst angehört.

Chemnitz. Im Krankenhaus verstarb an den schweren Verletzungen der Spiegeldhre, die er sich dadurch zugezogen hatte, daß er versehentlich statt aus einer Branniwein- aus einer Salmiakkflasche trank, ein 81 jähriger Invalid.

Hohenstein-Ernstthal. An der nördlichen Mauerseite der Trinitatiskirche bemerkte man am Montag, daß diese über dem Erdbohrloch sehr stark angefeuchtet war und daß aus kleinen Nüssen Wasser floß. Man ging der Sache nach und stellte fest, daß der ganze Raum unter der Kirche, in dem sich die Dampfheizungsanlage befindet, 1½ Meter hoch mit Wasser angefüllt war, dies infolge eines Rohrbruches. Nachdem das Wasser abgepumpt worden war, hatte die Feuerwehr vier Stunden mit dem Herauspumpen des Wassers zu tun.

### Wetter für morgen:

Zunächst trocken und vorwiegend heiter, später auch zeitweilig wolbig. Bevorstehende Nacht auch in der Niedertung wieder Boden- oder Nachtfrost möglich; tagsüber im Flachland mild. Anfänglich südöstliche bis südl. später südwestliche Winde, im Flachland vorwiegend schwach.

## Haushaltssprache brendet

Dresden, 21. März. In der gestrigen Vollzügung des Landtages wurde die Ausprache über den Staatshaushaltssplan fortgesetzt.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) zollte dem Finanzminister die Anerkennung, daß er umfassende Sparmaßnahmen durchgesetzt habe. Das grenzenlose Bewilligungsfreudlichkeit im Hause müsse aufhören. Der Redner ging jedoch auf einzelne Kapitel näher ein und suchte nachzuweisen, daß die Einsparungen nicht überall durchgeführt werden könnten und daß das Gleichgewicht des Staats eine Illusion sei.

Finanzminister Dr. Weber erwiderte, leider habe der Vorredner nicht gesagt, wie es anders gemacht werden solle. Ein balancierter Staat werde keinesfalls die Wirkung haben, doch man im Reiche glaube, die Länder brauchten nichts mehr. Man habe durchaus nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern vor allem auch auf der Einnahmenseite äußerst vorsichtig die Posten eingesetzt.

Abg. Dobberti (Soz.) wandte sich gegen die Einstabstriche in den Sozial- und Schulkapiteln. Der Haushalt sei beeinflußt von dem Gesicht, das die Wirtschaftspartei der heutigen Wirtschaft geben wolle.

Als der Kommunist Sinnermann das Wort ergriff, gähnte der Saal mit leeren Bänken. Nur der Abg. Kuhnau war nebst den Kommunisten anwesend. Auch die Regierung saß pflichtgetreu auf ihren Bänken.

Abg. Lippe (DBP.) kennzeichnete die Wirtschaftskrise im Rahmen seiner Ausführungen über den Staat.

Ministerpräsident Bünger erklärte, man könne ohne einen balancierenden Staat nicht mehr auskommen. Er ging dann auf die Einführung des Probeshares für die akademisch gebildeten Lehren ein und betonte, daß die Rechtslage der Verordnung vorher genau geprüft worden sei. Die erhobenen Einwendungen seien nicht gerechtfertigt. Hierdurch würde eine fühlbare Erleichterung herbeigeführt werden. Auch der Numerus clausus bei den pädagogischen Instituten sei mit Rücksicht auf den Staat notwendig geworden. Der Minister kündigte dann einen Plan über die Ausgestaltung des Schulwesens an.

Abg. Henschel (Wpt.) verteidigte den Staat und den Finanzminister, in dem er in farfistischer Weise die Einwendungen des Vorredners behandelte. Abg. Nied (Volksrechtspartei) bewies die Durchführung des scheinbar balancierenden Staates. Abg. Kunz (National) bezeichnete die Balancierung als eine Täuschung. Es sei an den falschen Stellen gespart worden.

Abg. Held (Altsoz.) setzte sich für die Große Koalition ein und meinte, daß Neuwahlen die Gegenseite nur verdichten würden. Wenn keine Regierung auf breiter Grundlage gebildet würde, werde jedenfalls die Reichsregierung eingreifen. Ministerpräsident Bünger wiss die Neuerungen Helds zurück. Auch Innenminister Richter und Justizminister Dr. Mansfeld beschäftigten sich mit Helds Ausführungen.

Dann wurde die Ausprache geschlossen und man verlegte sich auf den 25. März. Auf der Tagesordnung steht der kommunistische Auflösungsantrag und die Neuwahl des Ministerpräsidenten.

## Landesausschuß des Sächsischen Handwerks

Dresden, 21. März. In der unter dem Vorsitz des Obermeisters Kunz abgehaltenen 11. Mitgliederversammlung des Landesausschusses des sächsischen Handwerks erstattete Syndicus Dr. Kunz den Tätigkeitsbericht für 1929–30, und führte zur allgemeinen Wirtschaftslage u. a. aus: Der chronische Geld- und Kapitalmangel drostet die Gesamtproduktion, besonders die der Klein- und Mittelbetriebe. Der Abfallfrage liege das gegenwärtige und längstige Problem der Handwerkswirtschaft. In einer Zeit tiefer wirtschaftlicher Not durfe nicht verkannt werden, daß die Klein- und Mittelbetriebe soziologisch außerordentlich wertvoll und bei genügender Kapitalversorgung durchaus lebensfähig sind, weil sie sich in ihrer Kostenbildung bis aufs Äußerste einschränken vermögen und durch ihre Elastizität sich leicht jeder neuen Situation anpassen können.

In der anschließenden Ausprache ergriß u. a. auch der inzwischen erledigte Finanzminister Dr. Weber das Wort zu eingehenden Ausführungen über den sächsischen Haushaltssplan. Hierbei betonte er insbesondere die Notwendigkeit, zu dem System der Einteilung im Interesse der Gefübung der Staatsfinanzen zurückzutreten. Es wurde sodann eine Entschließung angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Landtag einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Staatshaushalt verabschiedet.

Nach Wiederwahl der Satzungsgemäß ausseidenden Vorstandsmitglieder: Landtagsabgeordneter Obermeister Kaiser, Dresden, Baumeister Stadtrat Krebsmair, Leipzig und Obermeister Birkner, Meißen, schloß der Vorsitzende Obermeister Kunz die Tagung.

## Thüringen ruft den Staatsgerichtshof an

Weimar, 21. März.

Wie im Anschluß an die gestrige Kabinettssitzung zu verläßig verlautet, wird die thüringische Regierung für den Fall, daß die Ankündigung des Reichsinnenministers, dem Lande Etatsmittel vorzuenthalten, durchgeführt werden sollte, zur Herbeiführung einer Entscheidung den Staatsgerichtshof anrufen.

## Zwischenfall im Unterhaus

London, 21. März.

Während der gestrigen Unterhausbürgung, in der das Kohlengesetz beraten wurde, warf ein Mann von der Publikumstriebne ein Paket Flugblätter in den Saal unter dem Ruf: „Nieder mit dem Imperialismus, nieder mit der Arbeiterrégierung“. Der Ruhesitzer wurde sofort aus dem Saale entfernt. Das Flugblatt verlangt die Freilassung von 31 indischen Arbeiterführern, die seit einem Jahre in Meerut gefangen gehalten werden.

## Die „Europa“ unterwegs nach New York

Paris, 21. März.

Wie Havas aus Cherbourg berichtet, hat der deutsche Schnelldampfer „Europa“ gestern nachmittag Cherbourg

angelaufen. Sein Aufenthalt dauerte 65 Minuten. Um 5.20 Uhr nachmittags französischer Zeit trat der Dampfer die Weiterreise nach New York an. Der Kapitän der „Europa“ erklärte, er werde während dieser Reise nicht versuchen, die Reisegesetz der Überfahrt zu verbessern, denn es seien Stürme gemeldet.

## Kerker für den Starkstrommörder

Korneuburg bei Wien, 21. März.

Das Geschworenengericht verurteilte auf Grund eines einstimmigen Spruchs den Bauersohn Franz Neumeyer wegen dreifachen Mordes zu lebenslänglichem schweren Kerker. Neumeyer hatte im August vorigen Jahres bei Korneuburg auf der Landstraße durch einen über den Weg gespannten Draht, der mit einer Starkstromleitung in Verbindung stand, eine Art Menschenfalle errichtet, um seinen von einem Besuch bei seiner Braut heimkehrenden Stiefbruder zu töten. Dem schrecklichen Anschlag fielen außer dem Bruder des Täters noch zwei andere Personen zum Opfer, die ohnungslos des Weges gekommen waren.

## Ehetrennung im Fürstenhaus von Monaco

Paris, 21. März.

Nach dem Journal soll der Revisionsgerichtshof von Monaco, der, wie gemeldet, gestern in Paris zusammengetreten ist, um auf Grund des Schiedspruchs Poincarés über die Frage der Trennung der Ehegemeinschaft zwischen der Erzprinzessin Charlotte von Monaco und dem Prinzen Peter zu befinden, zu dem Beschuß gekommen sein, den tatsächlichen Zustand der Trennung anzuerkennen und offiziell zu bestätigen.

## Gast und Gasthaus.

Wenn man im Gasthaus an seinen Sachen Schaden erleidet.

Bon Justizoberstlehrer Rechneuer, Weimar.

Nicht selten kommt es vor, daß dem Fremden im Gasthaus Sachen verloren gehen oder beschädigt werden. Wer kommt nun für den Schaden auf?

meinen Vorschriften über Schadenersatzleistung, beson-

ders schwere Normen auf. Es hat nämlich ein Gastwirt, auch wenn ihn ein Verhülden nicht trifft, einem im Betriebe des Gewerbes aufgenommenen Gäste den Schaden zu ersehen, den der Gast durch den Verlust oder die Beschädigung eingebrachter Sachen erleidet. Ob der Schaden von dem Gastwirt selbst, durch seine Leute oder einen Dritten verursacht worden ist, spielt dabei keine Rolle.

Die Erfasspflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden von dem Gäste, einem Begleiter des Gastes oder einer Person, die er bei sich aufgenommen hat, verursacht wird oder durch die Beschaffenheit der Sachen oder durch höhere Gewalt entsteht. Der aufgenommene Guest ist erschberechtigt ohne Rücksicht darauf, ob er Eigentümer, der eingebrachten Sachen ist oder nicht. Ob die Gastwirtschaft verpflichtet, so haftet dem Gäste, von besonderer Vereinbarung abgesehen, nicht der Eigentümer, sondern der Pächter.

Ein Gastwirt unterliegt aber nur dann dieser strengen Haftung, wenn er gewerbsmäßig fremde zu verbergen aufnimmt. Für Schankwirte, Speisewirte, Restaurants, Schlafstellen oder Zimmervermietern gelten diese Vorschriften nicht. Die Haftung des Gastwirtes beginnt mit der Aufnahme des Gastes zur Beherbergung. Eine Aufnahme liegt z. B. noch nicht vor, wenn der Wirt dem Guest erst die freien Zimmer zeigt und inzwischen das im Hausschlüssel niedergelegte Gebäck gestohlen wird. Eine bloße Einkehr zwecks Einnahme einer Mahlzeit oder einer Erfrischung genügt nicht, um die strenge Haftung des Gastwirts zu begründen.

Als eingebracht gelten solche Sachen, die der Guest dem Gastwirt oder den Leuten des Gastwirts, die hierzu bestellt oder nach den Umständen als bestellt anzusehen sind (z. B. dem Portier, Kellner, Hausknecht) übergeben hat; ferner solche Sachen, die der Guest an den ihm angewiesenen Platz und mangels einer Anweisung an den hierzu bestimmten Platz gebracht hat. Ein Anschlag, durch den der Wirt die Haftung ablehnt, ist ohne Bedeutung, doch kann die Haftung durch Vereinbarung zwischen dem Gastwirt und dem Guest gemildert oder ausgeschlossen werden.

Für Geld, Wertpapiere und kostbarkeiten haftet der Gastwirt nur bis zu dem Betrage von 1000 Reichsmark, es sei denn, daß er diese Gegenstände in Kenntnis ihrer Eigenschaft als Wertsachen zur Aufbewahrung ablehnt oder daß der Schaden von ihm oder von seinen Leuten verschuldet wird.

Die Haftung des Gastwirts erstreckt sich auf den angerichteten Schaden. Der geschädigte Guest hat zu beweisen, daß die von ihm eingebrachten Sachen beschädigt worden oder verloren gegangen sind und dann hierdurch ein Schaden in der behaupteten Höhe erwachsen ist.

Der dem Guest zustehende Schadenersatzanspruch erlischt, wenn nicht der Guest unverzüglich, nachdem er von dem Verlust oder der Beschädigung Kenntnis erlangt hat, dem Gastwirt Anzeige macht. Der Gastwirt soll dadurch in die Lage gesetzt werden, die Behauptung des Guests auf ihre Richtigkeit sofort nachzuprüfen und die Gründe des Schadens zu ermitteln. Der Anspruch erlischt, wenn die Sachen dem Gastwirt zur Aufbewahrung übergeben waren, weil der Wirt in diesem Fall in der Lage ist, auch nach Ablauf einer gewissen Zeit die Angaben des Guests nachzuprüfen.

## Verzinnen im Mittelalter.

Der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung vor 600 Jahren! — Ein berühmter Prozeß vor dem Bischofsgericht in Paris.

Professor L. F. Toul von der Universität Manchester hielt vor der Royal Institution in London einen Vortrag, in dem er sich eingehend über die Stellung der Verzinnen im Mittelalter und ihren schweren Kampf

um ihre Existenz verbreitete. Die Räuber, die die Verzinnen des Mittelalters führen, um ihre Anerkennung durchzuführen, gemahnen auffällig an jene, die auch ihre Kolleginnen der Neuzeit noch vor wenigen Jahrzehnten auszufechten genötigt waren.

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurden besonders in Paris verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Frauen die Erlaubnis zur ärztlichen und chirurgischen Praxis zu erkämpfen. Diese Kämpfe spiegelten anschaulich einen berühmten Prozeß wieder, der in den zwanziger Jahren des 14. Jahrhunderts vor dem Bischofsgericht in Paris geführt wurde.

Im Jahre 1322 hatte die medizinische Fakultät der Universität Paris vor dem Bischofsgericht gegen eine gewisse Domina Jacoba Felicis Klage wegen ungesehlicher Ausübung der Praxis erheben. Die Angeklagte war eine Deutsche und hieß wahrscheinlich Jacoba Felicis. Sie war der Verleugnung des Gesetzes angeklagt, das die Ausübung der ärztlichen Praxis in Paris jedem verbot, der nicht von der medizinischen Fakultät den Doktorgrad erworben hatte und vom Kanzler zur Ausübung des ärztlichen Berufs ermächtigt worden war. Es war erwiesen, daß die Angeklagte Tag für Tag in Paris die ärztliche Praxis ausgeübt hatte, ohne dazu gerechtfertigt zu sein.

Zugegeben wurde, daß sie nicht aus Gewinnsucht gegen das Gesetz verstößen habe, daß aber auch von wissenschaftlichem Drang nicht die Rede sein könne, daß sie vielmehr zu ihrem selbständigen Vorgehen durch die Erwirkung bestimmt worden war, ein gegen ihre Geschlechtsgenossinnen bestehendes Vorurteil durch Tatsachen zu widerlegen. Jacoba Felicis erschien mit einer ganzen Schar von Entlastungszeugen vor Gericht, Männer und Frauen, die bezeugten, daß die Angeklagte Verzinnen in Fällen, die von den approbierten Verzinnen als hoffnungslos aufgegeben worden waren, wunderbare Erfolge erzielt habe.

Die Angeklagte verteidigte sich selbst energisch und forderte, daß man sich nicht an leere Formalitäten halte, daß vielmehr das Tatsachenmaterial berücksichtigt werden müsse. Das Gesetz wolle offenbar die Patienten vor Quacksalbern und Schwindlern schützen; sie könne aber durch ihre Zeugen beweisen, daß sie die ärztliche Kunst gewissenhaft und mit unzweideutigem Erfolge ausgeübt habe. Wenn sie sich nicht einem Examen unterworfen habe, so verweise sie auf die offenkundige Tatsache, daß eine Frau lieber sterbe, als daß sie sich von einem Mann prüfen lasse.

Auf alle diese Einwände hatte die Fakultät nur die einzige Antwort, daß die Angeklagte kein Latein verstehe, daß sie keinen akademischen Grad erworben habe und keine Lizenz des Kanzlers aufzuweisen vermöge. Da eine Frau weder als Advokat, noch als Zeugin bei einem Kriminalprozeß zugelassen werde, so könne ihr am allerwenigsten die Ermächtigung eingeräumt werden, ihre Patienten durch ihre Untenntnis zu töten. Deshalb habe sich die Angeklagte der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht und müsse von dem Gericht als Mörderin bestraft werden.

Die Angeklagte wurde mit einer hohen Geldstrafe belegt und ihr die fernere Ausübung der ärztlichen Praxis untersagt.

Sie war nicht das einzige Opfer. Ihr Prozeß war vielmehr nur der Anfang einer ganzen Reihe von Strafverfolgungen gegen Frauen, die sich als Verzinnen betätigten. Im Jahre 1325 appellierte die Fakultät selbst an die Autorität des Papstes mit dem Erfolg, daß dieser den Bischof von Paris ansiele, um eine Frau weder als Advokat, noch als Zeugin bei einem Kriminalprozeß zugelassen werde. So könne ihr am allerwenigsten die Ermächtigung eingeräumt werden, ihre Patienten durch ihre Untenntnis zu töten. Deshalb habe sich die Angeklagte der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht und müsse von dem Gericht als Mörderin bestraft werden.

## Treue Hechte.

Gibt es Sympathie unter den Fischen? — Beweiswerte Beweise von Hilfsbereitschaft und Intelligenz. — Der erforderliche Bischof. — Kann der Fisch um Hilfe rufen? — Die blinde Forelle und ihre Führerin.

Es wurde schon von vielen Jägern und Naturforschern berichtet, daß höhere, namentlich Säugetiere ihren in Not befindlichen Gefährten beistehten. Nun hat der amerikanische Forscher G. W. Budger viele Fälle gesammelt, die dafür sprechen, daß es auch unter den Fischen, die sonst infolge der geringen Entwicklung des Nervensystems und Dentapparates nur düstlige Zeichen von Verstand zeigen, eine ähnliche Art von Sympathie geben müsse.

Um einem verwundeten Gejagten beizustehen, wollten große Seezepte ein Boot zwischen sich herpressen, was ihnen aber nicht gelang. In Florida wurde mit der Leine ein gefangener Barracuda herangeholt. Da stemmten sich zwei andere dagegen, indem sie den Gefangenen von beiden Seiten umklammerten und ihn zurückhalten wollten. Man spürte deutlich den verkrampften Widerstand.

1832 singt E. Jessie einen weiblichen Hecht. Ein männliches Tier folgte ihm bis an den Rand des Wassers und ließ sich nicht von dort vertreiben. Ein anderer Autor beschreibt folgenden Fall:

Er fütterte Schildkröten im Wasser mit Gründlingen. Ein kleiner Fisch war in großer Gefahr, eben verpeist zu werden, da kam ein alter in großer Eile hinzu, deckte ihn mit seinem eigenen Körper und stieß ihn vorwärts, bis er in freiem Wasser außer Gefahr war. Marston berichtet 1879, wie er einen Bischof am Angelhaken gegen das Ufer heranzog, während ein anderer unruhig um ihn herumschwamm, ihm folgte und ihn zu befreien suchte. Wenige Schritte vom Ufer entfernt verfing sich die Beine in einem Gebüsch unter Wasser, und auch dorthin folgte der zweite Fisch, ohne sich verscheuchen zu lassen. Schließlich riß sich der Gefangene von der Angel los und beide entließen.

Wie S. Day 1880 mitteilte, wurde eine Menge von Seebartfischen in einem Netz gefangen. Sie kamen jedoch daraus entflohen bis auf einen, der sich in den Maschen verfing. Ein zweiter harrte an seiner Stelle aus, bis endlich beide gefangen werden konnten. Auch S. Thomas drückte 1881 sein Erstaunen darüber aus, wie ein Fisch, der sich in einer Falle befindet, sich aus ihr entziehen kann.

über aus, warum gefangene Fische so hartnäckig von ihren Gefährten begleitet werden. Er warf die Frage auf, ob dies aus Neugier geschehe, oder ob der gefangene Fisch sein Erstaunen, seine Furcht ausdrücken oder um Hilfe rufen könne.

G. Dewar beobachtete 1899 Forellen, von denen eine alte durch Krankheit erblindet war. Sie wurde von einer kleineren begleitet, die die Blinde, wenn sie zu nahe an gefährliche Stellen kam, leicht mit der Nase in die Seite stieß und sie ins tiefere Wasser lenkte. G. Dewitt beschrieb 1925 einen Fall, wo ein am Angelhaken festhängender Bachs durch einen plötzlichen, heftigen Stoß eines anderen Bachs befreit wurde, und er meint, daß dies in vielen Fällen so geschehen möge, wo man den Vorgang nicht so genau verfolgen könne, wie dies im vorliegenden geschah.

Der bekannte amerikanische Schriftsteller Zane Grey erzählt in seinen Novellen, er habe oft beobachtet, wie Segelfische versuchten, die Beine zu zerreißen an der ihre Kameraden festhängen. Auch wurde eins beobachtet, wie ein Fisch in die Höhe schnellte und sich auf die Beine fallen ließ, um sie zu zerreißen. Manche Fischschwärme folgten den Gefangenen auf weite Strecken, so daß man mit diesen als Röder allmählich den ganzen Schwarm angeln kann. Stets sammeln sich viele Fische dort an, wo einer von ihnen sich ungewöhnlich bemüht und um sich schlägt. Vielleicht geschieht es deshalb, weil die anderen dort einen großen Fischen vermuten, vielleicht aber aus Sympathie.

## Wir essen Gold.

**Goldgehalt im menschlichen Körper und in seiner Nahrung.**

Im Körper des Menschen sind verschiedene Metalle enthalten. So finden sich in der Leber, in den Nieren und Haaren Spuren von Nickel, in der Leber, den Muskeln und im Gehirn auch Zink und zwar in Mengen von 11 bis 146 Milligramm in je einem Kilogramm der Gesamtmasse; auch in der Menschenmilch und im Blut hat man das Vorkommen von Zink festgestellt. Außerdem enthalten manche Organe Kobalt, besonders aber auch, wie z. B. die Leber, auch Kupfer, dem nach den neuesten Untersuchungen eine besondere Bedeutung für die Blutbildung zugesommen scheint.

Nach den jüngsten Beobachtungen des bekannten Nahrungsmittelchemikers Ragnar Berg gehört zu den Metallen, die im menschlichen Körper, beispielsweise im Blut vorkommen, auch das Gold. Da der Metallgehalt des Körpers im engsten Zusammenhang mit der jeweiligen Beschaffenheit der Nahrung steht, indem die Metalle ausschließlich durch metallhaltige Nahrungsmittel in den Körper gelangen, so wird auch der Goldgehalt des Menschen durch seine Nahrung bedingt.

Nach der Mitteilung des Forschers in der „Biochemischen Zeitschrift“ enthält der Körper das Gold natürlich nur in den allerkleinsten Mengen; immerhin konnten Fälle beobachtet werden, in denen rein vegetabilisch ernährte Patienten täglich bis zu 1 Milligramm Gold ablehnten. Als „goldhaltige“ Nahrungsmittel erwiesen sich Hafersoden, feinstes Weizenmehl, Ochseneber und Kinderhren, ferner Apfelsinensaft, Trauben und Haselnüsse.

Der Goldgehalt dieser Nahrungsmittel besteht, wie man sich denken kann, nur aus den allerkleinsten Spuren, wie denn auch die anderen Metalle, die dem Körper durch die Nahrung zugeführt werden, in sehr kleinen Mengen auftreten. In der Kindesleber sind z. B. in einem Kilogramm der Gesamtmasse 119 Milligramm Kupfer enthalten; Seefischfleisch enthält etwa 4 Milligramm, die Kartoffel 2,2 Milligramm und ein Hühnerlei 0,5 Milligramm Zink.

## Milch im Fieber

Haft bei allen Menschen, die Fieber haben, ist der Appetit herabgesetzt. Natürliche ist das bei Kindern der Fall, und die Eltern werden dadurch oft sehr geängstigt. Nun kann man bei einer akuten Fieberhaften Erkrankung ruhig hungern, es ist besser, den Kindern keine Nahrung auszutragen. Das Verlorene ersucht sich in der Genesung in wenigen Tagen wieder.

Unnötiges Aufzwingen von Nahrung macht die Patienten mürrisch, raubt ihnen die Ruhe und belastet sie auch körperlich durch Speisen. Der Körper ist mit anderen wichtigeren Dingen beschäftigt: nämlich seine ganze Kraft der Abwehr der eingedrungenen Schädlichkeit zu widmen. So verdauen Magen und Darm nur widerwillig, was man ihnen reicht, sowie nicht überhaupt Erbrechen eintritt.

Flüssigkeit wird man dagegen nach Bedürfnis verabreichen, sei es als Wasser mit oder ohne Fruchtsaft, als Obst und Kompost, als Tee. Gaben von Milch ermöglichen gleichzeitig die Stillung des Dursts und die Zufuhr von Nährwerten. Bei den meisten Fieberhaften Krankheiten ist es angezeigt, viel Flüssigkeit zu geben, damit der Körper ordentlich durchgespült wird und die vorhandenen Krankheitskeime und ihre Gift möglichst verdünnt werden. Fiebernde Kinder nehmen im allgemeinen lieber flüssige Nahrung zu sich als feste. Auch Milchsuppe und Milchbrei kann gegeben werden, nur bei Darmstörungen ist Einschränkung der Milch oft nötig.

Einen erwünschten Genuss bedeutet für viele Kinder kalte Milch — namentlich soweit sie infolge einwandfreier Herkunft ungefährt sein darf —, oder kalte Fruchtsäfte. Eine Milchlimonade kann in folgender Weise zubereitet werden: Auf die abgeschwitzte äußere Schale einer halben Zitrone wird ein Achtel Liter Kochendes Wasser gegossen, dazu kommen 65 Gramm Zucker, das ganze läßt man kalt werden. Dazu wird durch ein Sieb ein Achtel Liter Milch gegossen, sowie der Saft einer halben Zitrone. Nach zehn Minuten wird das Getränk durch ein Siebtuch gegossen, vielleicht noch auf Eis gestellt und kalt gegeben.

Auch in Besuchern kann man den Kindern auf eine ihnen willkommene Art Milch zuführen. Man wird bei all diesen Dingen aber immer darauf achten, daß Kinder mit akutem Fieber durch die Nahrung- und Getränkezufuhr nicht gequält werden.

## Krankheiten bei Eskimos.

**Können sich die Eskimos erkälten?**

Während einer Studienreise an der Westküste Grönlands machten Werte von der Washingtoner Universität der Medizinischen Hochschule in St. Louis die Beobachtung, daß in verschiedenen Lagern jeder Eingeborene, in anderen wieder kein Eskimo erkältet war. Man konnte feststellen, daß in den Lagern, in alle Eskimos erkält waren, vor dem Eintritt der Expedition auch die bisher von der Erkältung verschont gebliebenen Eskimos sich durch Niesen, Husten und Spucken unzweifelhaft als erkältet zu erkennen gaben.

Unter den Eskimos sind Erkältungserscheinungen ungewöhnliche Ausnahmefälle, und auch Diphtherie und Scharlachfever treten selten auf. Um festzustellen ob die Eingeborenen für Diphtherie und Scharlach wenig empfänglich sind, wurden Blutuntersuchungen vorgenommen, die zur Feststellung führten, daß in vielen Fällen die Kinder im Blute Schutzstoffe besaßen die sie gegen diese Krankheiten widerstandsfähig machen. Offensichtlich hatten sie die Immunität von den Eltern erblich erhalten.

Seit langem weiß man schon, daß Stämme vor Eingeborenen, die vorher nicht mit Weißen in Berührung kamen, schwer unter dieser Krankheit leiden, wenn sie bei ihnen durch Weiße eingeschleppt werden. So wurden beispielweise die Bewohner der Fidschi-Inseln einmal vollständig durch eine Masernepidemie vernichtet, die durch Fremde unter ihnen verbreitet worden war. Die Krankheit, die bei den Weißen zu meist in milder Form auftritt, erwies sich bei den Stämmen als verhängnisvoll, der vorher von ihr nichts gewußt hatte.

Wird ein Eskimolager von einer Erkältungsepidemie heimgesucht, so unterliegen alle ausnahmslos der Ansteckung. Nach ihrer Genesung bleiben sie dann aber von der Erkältung verschont, bis von anderen Besuchern wieder neue Krankheitssymptome eingeschleppt werden.



Die Roggenstühungs-Wurst.

„Sag mal, Kollege, was hast du denn da für eine neue Wurstsorte?“  
„Mein Schlager: Die Roggenstühungs-Wurst. 60 Prozent Roggenmehl.“

„Unfall.“

Der Angestellte: „Ich bitte um eine Gehaltszulage; ich habe mich gestern verheiratet!“  
„Unmöglich, mein Lieber, für Unfälle außerhalb des Geschäfts bin ich nicht haftbar!“

## Sächsisches.

Dresden, 21. März. Der Sächsische Gemeindetag kommt in einer Erwiderung nochmals auf die Ausführungen des Finanzministers in seiner Erstredere zurück, in der er die Kritik des Gemeindetages als größtmöglich ungutstellend und irreversibel bezeichnet hatte. Der Gemeindetag weist diesen Vorwurf zurück. Der Minister habe keine einzige der beanstandeten Kürzungen leugnen können. Die Tatsache, daß die Zuweisungen an die Gemeinden im Haushaltsplan 1930 um 3,13 Millionen Mark gegen 1929 gekürzt seien, bleibt bestehen. Der Gemeindetag geht jedoch nochmals im einzelnen auf die strittigen Etatposten ein und spricht zum Schluss die bestimmte Erwartung aus, daß der Landtag der durchaus objektiven Darstellung des Gemeindetages sein Ohr nicht verschließen werde.

Dresden, 21. März. Der Dresden Lehrerverein veranstaltet mit der erziehungswissenschaftlichen Fachschaft der Studentenschaft der Technischen Hochschule eine Protestkundgebung gegen die Einführung eines Probejahrs für die akademisch gebildeten Volks- und Berufsschullehrer und gegen den Numerus clausus für diese Studiengänge. Es wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Versammlung erwartet, daß der Landtag die Zurücksetzung der Verordnungen über das Probejahr und den Numerus clausus fordern werde.

Dresden, 21. März. In Sachsen belief sich die Steinholzförderung im Februar 1930 auf 323 692 Tonnen, gegen 364 414 im Vorvorjahr und 328 495 im Februar 1929; die Kokserzeugung im Februar 1930 auf 18 941 gegen 20 883 im Vorvorjahr und 16 415 im Februar 1929; die Brüttzerstellung im Februar 1930 auf 8786 Tonnen gegen 10 217 im Vorvorjahr und 8039 Tonnen im Februar 1929.

Die äußerst ungünstige Abschlagslage hielt im Berichtsmonat an. Obwohl fast durchweg wöchentlich eine Tiefenschicht eingelegt wurde, konnte die Produktion nicht voll abgelegt werden. Die Worräte stiegen sowohl in Hausbrand- wie in Industriebrände nicht unerheblich. Von den Arbeiterentlassungen sind in erster Linie Ausländer betroffen worden, die in Kürze im Zwickauer Revier vollständig abgebaut sein werden.

Im Gebiet des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats hatte die niedrige Durchschnittstemperatur auf den Hausbrand-Brückentabak keinen günstigen Einfluß. Der Februar brachte im Gegenteil eine weitere Verschärfung der Absatzkrise. Die Anzahl der Feierschichten stieg. Die Läger sind übersättigt und die Aussichten für die nächste Zeit weiter ungünstig. Der Absatz an Industriebrückentabak ging weiter zurück. Der Rohholztabakabsatz war unbefriedigend und die Betriebe ungerechnet beschäftigt.

ein 30 Jahre alter Arbeiter gasvergilzt aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. — In der Nacht wurde in der Polizeiwache am Sachsenplatz eine Aktenkarte der 36 Jahre alten Stütze Hertha Kaiser abgegeben. Die Frau, die ihre Arbeitsstätte gegen 1 Uhr nachts verlassen hatte und nicht in ihre Wohnung gekommen ist, soll von der Albertbrücke in die Elbe gesprungen sein.

**Die Notlage der Gemeinden.** Als in der letzten Gemeindevertretungssitzung in Oppach (Rausch) beschlossen wurde, an die Erwerbslosen alle 14 Tage je ein Brot und ein Stück Butter zu verteilen, erklärte Bürgermeister Heller, dagegen Einspruch erheben zu müssen. Zur Begründung seiner Stellungnahme gab er Einblick in die Kassenverhältnisse der Gemeinde, die vor der Katastrophe stehe; die Beamtene könnten voraussichtlich nur ein Drittel ihres Gehalts bekommen.

**Abgelehnter Misstrauensantrag.** Die Stadtverordneten in Falkenstein lehnten einen gegen den 1. Oberbürgermeister eingebrachten Misstrauensantrag der Kommunisten ab.

**Maurerpöller zum berufsmäßigen Bürgermeister gewählt.** In Nieder-Friedersdorf wählten die Gemeindeverordneten den Maurerpöller Hermann Lorenz zum berufsmäßigen Bürgermeister.

**75jähriges Bestehen eines landwirtschaftlichen Vereins.** Der Landwirtschaftliche Verein zu Mügeln beging mit einer schlichten Feier sein 75jähriges Jubiläum. Der Verein hat in den 75 Jahren seines Bestehens nur zwei Vorsitzende gehabt, und zwar den verstorbenen Gemeinderat Dr. Uhlemann und dessen Sohn. Defonnerat Ernst Uhlemann.

**Pulsahl.** Aufhebung des Zollamts. Nach einer Mitteilung des Präsidenten des Landesfinanzamtes in Dresden wird das Zollamt in Pulsahl, das zum Hauptzollamt Bautzen gehört, am Schluss dieses Monats aufgehoben und mit dem Zollamt in Großröhrsdorf vereinigt.

**Taubenhalb (Oberlausitz).** Beimate für das Rotopfer. Die hiesigen Beamten beschlossen, am 1. April mindestens 1 Prozent vom Grundgehalt zum Rotopfer zu spenden. Falls die Arbeitslosigkeit noch weiter anhält, soll die gleiche Spende auch am 1. Mai erfolgen. Gleichzeitig wurden die Pensionäre und Angestellten aufgefordert, die gleichen Maßnahmen zu treffen.

**Riesa.** Opfer der Elbe. Seit Sonntag wird der 28 Jahre alte aus der Tschechoslowakei stammende Bootsmann Ernst Heidenreich vermisst. Vermutlich ist er infolge eines Unfalls von seinem hier liegenden Schleppkahn in die Elbe gestürzt und ertrunken.

**Leipzig.** Die Rauchwarendiebe festgenommen. Die Diebe, die auf der Güterabfertigung des Leipzig-Magdeburg-Thüringer Bahnhofes einen Koffer mit Rauchwaren im Werte von etwa 6000 RM. gestohlen hatten, konnten bereits ermittelt werden. Die gesamte Beute wurde ihnen abgenommen. Es handelt sich um einen Leipziger Händler und einen bereits vielfach vorbestraften Menschen, der der Kriminalpolizei kein Unbekannter ist.

**Falkenstein.** Einbruch in ein Uhrentengeschäft. Hier zertrümmerte ein Einbrecher die Schaufrontscheibe des Uhrentengeschäfts Schmidt in der König-Albert-Straße, stahl aus dem Schaufenster acht Uhren und flüchtete. Unterwegs verlor er vier der gestohlenen Uhren. Es scheint sich um einen gewöhnlichen Einbrecher zu handeln, der auch in Greiz und Querbach ähnliche Einbrüche ausgeführt hat.

**Chemnitz.** Gegen „Kulturbolschewismus“. Am Freitag werden in den beiden Stadtkirchen große Sympathiekundgebungen für die in Rußland verfolgten Glaubensbrüder veranstaltet. Gleichzeitig sollen die Gottesdienste protestieren gegen den in unserem eigenen Vaterlande immer mehr an Boden gewinnenden Kulturbolschewismus, gegen die in beängstigender Weise fort schreitende Loslösung unserer gesamten Lebenshaltung von aller religiösen und ethischen Fundierung sein. — In Dörrnthal hat der Kirchenvorstand zusammen mit dem Gemeinderat eine öffentliche Sammlung für die um ihres Glaubens willen von Haus und Hof vertriebenen russischen Bauern veranstaltet.

**Plauen.** Entwirtschaft und wieder festgenommen. Weil er in ein Dagdhaus in der Umgebung von Plauen eingebrochen war, war der Arbeiter Willi Lang von hier zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden, doch flüchtete ihn wieder. Sein Weg führte ihn wieder nach Plauen, wo er sich jedoch seiner Freiheit nicht lange erfreuen konnte. In einer hiesigen Gastwirtschaft wurde Lang von einem Polizeibeamten verhaftet und wieder hinter Schloß und Riegel gebracht. — Ein schwerer Unfall hat sich abends an der Ecke der Lind- und Kaiserstraße zugetragen. Dort kam der 15 Jahre alte Kartonagenarbeiter Siegfried Albert C., der hier in der Röntgenstraße wohnt, mit seinem Fahrrad, auf dem vermutlich die 50 Jahre alte Plätterin Clara B. aus der Biezenstraße Plau genommen hatte, zum Sturz. Beide nutzten mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

**Zwickau.** Wohnungsbrand. In Hammerbrücke ist das Wohnhaus des Biezhändlers Schmidt neben Scheune durch ein großes Brandenfeuer bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Auch zwei kleine Schuppen sind den Flammen zum Opfer gefallen. Die Entstehung des Brandes wird auf einen Essensbrand gebracht.

**Bautzen.** Ein Schadensfeuer vernichtete am Donnerstag nachmittag den Dachfuß des Obdachlosenheims in der Spreetalstraße und richtete auch sonst schweren Schaden an. Die Loge des Gebäudes erhielt die Arbeit der Feuerwehr. Eine Frau im Alter von 67 Jahren wurde nach 2 Stunden erstickt aufgefunden. Die durch den Brand Betroffenen mußten vorläufig in einer Turnhalle untergebracht werden.

**Claußnitz.** Ein in Richtung Mittweida fahrender Kraftwagen freute sich mit einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Personenwagen. In diesem Augenblick kam hinter dem ersten Personewagen ein Motorradfahrer gefahren. Der Wagenfahrer bremste scharf, konnte aber nicht verhindern, daß der Wagen sich überholte und in den Straßengraben fuhr. Der Motorradfahrer wurde mitgeschleift. Er fuhr ebenfalls in den Straßengraben, wo er mit einem schweren Schädelbruch liegen blieb. Die Insassen des Autos sowie eine auf dem Motorrad mitfahrende Dame kamen mit leichteren Verletzungen davon.



# Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 68

Freitag am 21. März 1930

96. Jahrgang

## Chronik des Tages.

Das Reichskabinett begann die Beratungen über die Ausstellung eines neuen Hilfsprogramms für den Osten.

Auf Grund der zunehmenden Nachfrage am Geldmarkt wurde an der Berliner Börse der Privatdiskontsch von bisher 5% v. H. auf 6 v. H. für beide Sichten erhöht.

Der Polarforscher Willems ist von seiner Antarktis-Expedition zurückgekehrt.

Um letzten Tage des Winters ist in den deutschen Gebirgen und in ganz Belgien starker Schneefall eingetreten.

Der Landrat des Kreises Reurode, Schubert, ist vom Ministerium des Innern zum kommissarischen Oberbürgermeister von Waldenburg ernannt worden. Schubert gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Auf der Bleischwab-Grube in Hohenkirchen in Polnisch-Oberschlesien wurden drei Bergleute verschüttet. Einer konnte mit schweren Verletzungen noch lebend geborgen werden. Die beiden anderen sind tot.

Bei der Hochwasser Katastrophe in Südfrankreich haben nach amtlichen Feststellungen 206 Personen ihr Leben eingebüßt. 2687 Gebäude wurden zerstört.

## Neue Krise in Frankreich?

Plötzliche Heimkehr Briands aus London.

Paris, 21. März.

In Paris weht wieder Krisenluft: ein neuer Sturm des Ministeriums Tardieu gilt als nicht ausgeschlossen! Kennzeichnend für den Ernst der politischen Lage ist die plötzliche Rückkehr Briands von der Londoner Flottenkonferenz.

Die neuen Schwierigkeiten hängen mit der Verabschiedung der Young-Gesetze zusammen. Ministerpräsident Tardieu hat die Gesetze zur Bevölkerung der Haager Beschlüsse der Kammer zugeleitet und um baldige Verabschiedung der Vorlagen ersucht. Um heutigen Freitag werden die Finanzkommission und der Auswärtige Ausschuss der Kammer in gemeinsamer Sitzung über die Beihilfung des Youngplans beraten; im Anschluß daran beginnt die Plenardebatte über Haag.

Nach der Parteiarithmetik ist die Annahme der Young-Gesetze durch das französische Parlament gesichert, da ja, abgesehen von den in der Regierung vertretenen Rechtsparteien auch die in Opposition zu Tardieu stehenden Linksparteien für den Youngplan sind. Unklar und für das Kabinett Tardieu gefährlich ist die Lage aber wegen der Parteitaktik.

Die Linksparteien, insbesondere die Radikalen, wollen die Gelegenheit der Abstimmung über den Youngplan benutzen, um die Verantwortung für die Annahme des Neuen Plans der Rechten und Tardieu aufzubürden. Sie verprüften Lust, aus innerpolitischen Gründen keine Ja-Stimmen für den Youngplan abzugeben, so daß die Rechtsparteien, wenn sie die Inkraftsetzung der Haager Beschlüsse wollen, sich schon die Waffe geben müssen, selbst für die Verabschiedung der Haager Gesetze zu sorgen. Nun haben aber gerade die französischen Rechtsparteien in letzter Zeit gegen den Youngplan intrigiert, weil dieser Pakt ihrer Meinung nach nicht das Höchstmaß von Tribut aus Deutschland herausprägt.

Angesichts dieser Verhältnisse kann es im Verlaufe des am Donnerstag eröffneten neuen Tagungsabschnitts der französischen Kammer sehr leicht zu Überraschungen und Krisen kommen. Schließlich ist auch die politische Gesamtlage dem zweiten Ministerium Tardieu wenig günstig. Tardieu hat in London nach etwas heftig verlaufenen Debatten seine politischen Forderungen preisgeben müssen und ferner hat er sich zur Verlangsamung der französischen Flottenbaus bereit erklärt, unter der Voraussetzung freilich, daß Frankreich gegenüber Italien ein Plus an Kriegsschiffen erhält. Nun scheint zwar Macdonald gemäß seinen Vereinbarungen mit Tardieu auf Italien eingewilligt zu haben, um Mussolini von der Paritätsforderung abzubringen, offenbar aber war diesen Vorstellungen kein Erfolg beschieden. Der Große Haushaltserat billigte öffentlich die feste Haltung der italienischen Abordnung, und die italienischen Zeitungen schreiben, es wäre sinnlos, von Italien Zugeständnisse zu erwarten, da gerade in London die Franzosen ihre italienfeindliche Haltung dokumentieren hätten. Frankreichs Verlangen nach einem Übergewicht der französischen über die italienische Flotte sei nur damit zu erklären, daß Frankreich sich auf einen Krieg mit Italien vorbereite.

Die Abreise Briands hat in London wieder Zweifel an der Möglichkeit eines erfolgreichen Abschlusses der Flottenkonferenz auskommen lassen. Die Sachverständer suchen nun nach einer Formel, durch die der französisch-italienische Paritätskreis ausgeschaltet wird. Man erwartet, ob es nicht möglich ist, einmal einen Bier-Mächte-Pakt mit Italien abzuschließen. Eine solche Regelung müßte natürlich den Gegensatz Rom-Paris erst recht ins helle Licht rücken. Und so sind die Franzosen denn auch von dem Fortgang der Verhandlungen in London wenig erbaut, man erkennt eben mittlerweile auch in Paris, daß die französischen Drogen ihre Zugkraft verstärkt und neue Mächtegruppierungen möglich werden. In solchen Situationen ist man aber in Paris, das heute wie 1919 immer nur die Stabilisierung des Verfaulter Vertrags will, schon immer nervös geworden.

Eigenartigerweise fällt das Herannahen der neuen Krise in Frankreich zeitlich mit der Wiederaufnahme der deutsch-französischen Saarverhandlungen zusammen. Der Führer der französischen Unterhändler, Minister Pernot, empfing nämlich in Vertretung des

Staatssekretärs von Simson, Geheimrat von Friedberg, und vereinbarte mit ihm weitere Verhandlungen. Hoffentlich wird den Franzosen jetzt von deutscher Seite zu verstehen gegeben, daß es bei dem bisherigen Tempo keinesfalls verbleiben darf. Die Lösung der Saarfrage darf nicht mehr versleppt werden, auch durch neue Krisen und Krisenspiele nicht.

Die Hauptschwierigkeit der Saarkonferenz scheint nach wie vor die Frage der künftigen Verwaltung der Saarbergwerke zu bilden. Wie man hört, haben die Franzosen der deutschen Delegation den höchst eigenartigen Vorschlag gemacht, die französische Industrie und den französischen Staat zur Hälfte an den Saarbergwerken zu beteiligen. Für Deutschland ist selbstverständlich nur die Lösung tragbar, die jeden französischen Einfluß ausschließt, weil die Franzosen im Saargebiet nichts zu suchen haben!

## Thüringen erhebt Einspruch.

Gegen die Sperrung der Reichszuschüsse. — Regierungserklärung in Weimar.

Weimar, 21. März.

Das thüringische Staatsministerium beschäftigte sich mit der vom Reichsinnenminister Seering angeregten Sperrung der Reichszuschüsse für Thüringen. Es handelt sich um Beträge in Höhe von 300 000 Mark monatlich. Das Staatsministerium einigte sich auf eine Erklärung, die nach Beendigung der Kabinettssitzung durch den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Minister Baum, im Landtag verlesen wurde.

Die thüringische Regierung betont darin, der Bund „Adler und Falken“ verfolge nach ihren Feststellungen keine der Reichsverfassung zuwidrlegenden Ziele. Vor allem müsse sie aber auch dagegen Einspruch erheben, daß der Brief des Reichsinnenministers veröffentlicht worden sei, noch ehe dieser Brief im Besitz der Staatsregierung gewesen sei.

Ein Kabinettsbeschluß, den Brief des Reichsinnenministers vom 17. Februar nicht zu beantworten, liege nicht vor. Die bisherige Nichtbeantwortung dieses Briefes durch Thüringen gebe aber nach Ansicht des Staatsministeriums dem Reichsinnenminister kein Recht, die Reichszuschüsse einzustellen zu sperren.

Außerdem müsse, wenn die Polizeizuschüsse gesperrt werden sollten, das Reich den Beweis erbringen, daß die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben seien.

Ebenso geben Vertreter der Landvolkspartei, der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei Protesterklärungen ab.

## Ablaufende Haltung der Reichsregierung

Berlin, 21. März.

Wie von zuständiger Stelle der Reichsregierung mitgeteilt wird, nimmt das Reichskabinett zunächst eine abwartende Stellung ein. Insbesondere sei nicht beabsichtigt, das gegen den thüringischen Innenminister vorliegende Material, das allen maßgebenden Instanzen, also auch dem Reichsjustizministerium, bekannt sei, zu veröffentlichen. Der Reichsinnenminister sei in engster Führungsnahme mit dem Reichskanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, vorgegangen. An der der Abwendung des Schreibens an das thüringische Staatsministerium voraufgegangenen Versprechung hat übrigens auch Reichswehrminister Groener teilgenommen.

## Freigabe des beschlagnahmten sozialdemokratischen Auftrzes.

— Weimar, 21. März. Der thüringische Staatsminister Dr. Frits hatte vor kurzem einen Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion des Thüringer Landtages, der in Plakatform verbreitet worden war und gegen die Landesregierung schwere Verdächtigungen enthielt, beschlagnahmen lassen. Nunmehr hat die Zweite Strafkammer des Landgerichts in Weimar die Beschlagnahme dieses Blattes und den Beschluß des thüringischen Amtsgerichtes in Weimar, durch den die Beschlagnahme bestätigt worden war, aufgehoben. Diese Aufhebung erfolgte, da die vorgeschriebene Frist von zwei Wochen zur Strafverfolgung nicht eingehalten worden war.

## Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

Streichung der Zuschüsse für die Leipziger Messe. — 1930 keine Truppenverlegungen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte die Beratung des Nachtragsetsatzes für 1929 fort. Die zur Unterstützung der Auslandsverbindung der Leipziger Messe angeforderten 400 000 Mark wurden gestrichen. Gegen die Bereitsstellung dieser Mittel stimmten Zentrum, Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Bei der Beratung des Nachtragshaushaltes für das Reichswehrministerium wurde von einem Regierungsbürokrat erklärt, daß entsprechend einer im vorherigen Jahre vom Reichstag angenommenen Entschließung in Schlesien keine Truppenverlegungen vorgenommen werden sollen außer der Verlegung einer Eskadron von Breslau nach Brünn. Für 1931 sei die Verlegung der beiden Schadronen von Mielitz nach Brünn in Aussicht genommen. In der Aussprache nahmen die Vertreter der Rechten und der Mittelparteien gegen die beabsichtigten Truppenverlegungen Stellung, da diese für die kleinen Garnisonsstädte schwere wirtschaftliche Schäden mit sich brachten.

## Arbeitslosenziffer sinkt.

Aber immer noch drei Millionen Arbeitslose. — Größter Fehlbetrag der Reichsanstalt.

Berlin, 21. März.

Wie amtlich mitgeteilt wird, betrug die Zahl der Hauptunterstützungsbemühan in der Arbeitslosenversicherung am letzten Stichtag — 12. März — 2 313 000. Das bedeutet eine Abnahme seit Ende Februar um 65 000. Die Zahl der Krisenunterstützten, die gegenwärtig 283 000 beträgt, hat um 2000 zugenommen. Die Zahl der Ausgesteuerten beträgt etwa 400 000, so daß insgesamt immer noch rund drei Millionen Personen wegen Arbeitslosigkeit öffentlich unterstützt werden.

Der Fehlbetrag im Etat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist inzwischen um 40 Millionen Mark gestiegen, so daß der Nachtragsetsatz, den der Haushaltshausschuss am Mittwoch in Höhe von 222½ Millionen Mark bewilligt hat, nicht mehr ausreicht. Die Neuansforderung von 40 Millionen wird voraussichtlich in einem zweiten Nachtragsetsatz erfolgen.

## Das brutale Anschlußverbot.

Ein Vortrag desstellvertretenden Vorsitzenden des österreichischen Bundesrats.

Derstellvertretende Präsident des österreichischen Bundesrats, Universitäts-Prof. Dr. Hugelmann, sprach in Berlin in der Hochschule für Politik über die Entwicklung der Anschlußfrage.

Einleitend verwies der Vortragende auf die nationale Verbundenheit Deutsch-Österreichs mit dem Reiche. Besonders stark sei die natürliche Verbundenheit beider Länder im gemeinsamen Erlebnis des Weltkriegs hervorgetreten. Als Ende des Krieges beide Länder, vor allem Österreich, um breite Gebiete ihres Landes beraubt wurden, hätte sich die Vereinigung beider in ihren Kräften erschöpften Bruderländer zu einem Großdeutschland zwangsläufig ergeben müssen. Die österreichische konstituierende Nationalversammlung habe auch am 12. März 1919 einstimmig beschlossen, daß Österreich ein Bestandteil der deutschen Republik sei und damit den Anschluß an Deutschland vollzogen.

Niemals habe aber ein Volk eine brutalere Verleugnung seines Selbstbestimmungsrechts erfahren müssen als Österreich bei den Friedensverhandlungen von St. Germain, als es der ultimativen Forderung der Antikommunisten dieses beschlossenen Gesetzes unter Protest habe nachkommen müssen. Auch Deutschland sei hinsichtlich des Anschlusses von der Entente vergewaltigt worden.

Wirtschaftliche Bedenken in Österreich und Deutschland hätten die Anschlußbestrebungen ebenfalls gehemmt. Der Anschlußgedanke sei aber eine nationale Angelegenheit um der staatsrechtlichen Gemeinschaft willen und müsse außerhalb aller wirtschaftlichen Fragen stehen. Wenn das Volk zum Anschlußgedanken mit seiner Überzeugung stehe, und Opfer zu bringen bereit sei, dann könne die Entente die Schranken zwischen beiden Ländern nicht mehr verteidigen.

Als Österreich in den Notjahren 1922 bis 1924 sich ganz seiner Sanierung widmen mußte, habe die Anschlußfrage in den Hintergrund treten müssen. Mit verstärkter Kraft habe man sich aber dann wieder dem Anschlußgedanken zugewandt und für ihn zwei Organisationen, den Österreichisch-deutschen Volksbund und die Österreichisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft, geschaffen. Während der Volksbund insbesondere die Werbeaufgabe erfüllte, bereite die Arbeitsgemeinschaft den Anschluß in praktischer Arbeit vor. Eine Angleichung des Strafrechts, des Schul- und Hochschulwesens, des Beamtenwesens, der Eisenbahnverkehrsordnung u. a. m. wären bereits der Vollendung nahe. Weniger Erfolg hätten wirtschaftliche Annäherungsbestrebungen gehabt. Über auch hier glaube man im Hinblick auf den Berliner Besuch des Bundeskanzlers Schober bald alle Schwierigkeiten überwunden zu haben.

## Die Offiziers-Verhaftungen.

Eine Mitteilung des Reichswehrministeriums.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht eine Erklärung, deren wesentlichster Teil lautet:

In der Presse ist eine Nachricht verbreitet worden, daß nicht der Reichswehrminister, sondern der Reichsminister des Innern als erster von den Versuchten der jetzt verhafteten jungen Offiziere, sich im nationalsozialistischen Sinne zu betätigen, Kenntnis bekommen habe. Diese Nachricht ist vollkommen unrichtig. Tatsächlich ist die Meldung von diesen Vorwürfen aus der Troppe an die zuständigen Vorgesetzten gegangen und von diesen auf dem schnellsten Wege dem Chef der Heeresleitung und dem Reichswehrminister weiter gegeben worden. Nach einer ersten inneren Untersuchung hat der Reichswehrminister die Angelegenheit dem Oberrechtsanwalt übergeben. Der Oberrechtsanwalt hat dann erst dem Reichsminister der Justiz von dem Sachverhalt Kenntnis gegeben.

## Letzte Mahnung.

Eine Entschließung des Schlesischen Landbundes.

Der Schlesische Landbund hielt in Breslau eine Vertreterversammlung ab, in der eine Entschließung angenommen wurde, in der es u. a. heißt:

„Die Lage der Landwirtschaft in Schlesien ist unhalbar. Die Gründe anzuführen, erlischt sich. Kommt nicht sofortige Hilfe, dann kommen alle Folgen.“

Die zwangsläufig eintreten müssen, extensive Wirtschaft, Kaufenthaltung, Arbeitserleichterung, auf das Schuldonto der verantwortlichen Stellen. Auf das schärfste muß die törichte Behauptung zurückgewiesen werden, daß es dem Bauern besser gehe als dem Großgrundbesitz. Es geht nicht um den größeren oder kleineren Besitzer, nicht um Pächter oder Siedler oder Landarbeiter, sondern um die Landwirtschaft und damit um die Entvölkerung und Ausgabe des Ostens.

Vor allem verlangen wir sofortige Durchführung des Notgesetzes und der Hilfsaktion für die Ostprovinzen sowie sofortige Revision der ungerechten Grundsteuergeebung, da die Steuerfestsetzung immer noch von Wertes ausgeht, die nicht mehr vorhanden sind. Endlich verlangen wir durchgreifende und ausreichende Vollgesetze und damit Schutz der Bauernarbeit. Wir lehnen halbe und unzureichende Maßnahmen ab, die uns nicht helfen, sondern die Kluft zwischen Stadt und Land nur vertiefen."

### Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Mannheim, 21. März.

Am heutigen Freitag beginnt in Mannheim der Parteitag der Deutschen Volkspartei. Dem Verlauf des Parteitags steht man in fast allen Parteilagern mit großem Interesse entgegen, weil die Beschlüsse der obersten Instanz der Deutschen Volkspartei für die weitere Politik der Reichstagsfraktion bestimmd werden können. Bekanntlich steht eine Einigung der Regierungsparteien über das Finanzprogramm noch aus.

### Tagung des rheinischen Zentrums.

Am Freitag trat in Köln der Provinzialausschuss des rheinischen Zentrums zusammen. Zur Beratung steht die politische Lage. Die Hauptversammlungen werden vom Fraktionsvorsitzenden Dr. Brüning und vom Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, gehalten werden.

### Tariferhöhung bei der Reichsbahn?

Wie verlautet, hat die Reichsbahn infolge des früchtlichen Verkehrsrückgangs in den ersten beiden Monaten des Jahres 1930 Mindereinnahmen in Höhe von 55 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Nach Ansicht der Reichsbahn muss nunmehr in Kürze eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Reichsbahn durch den Erlass der Bescherungssteuer oder im Wege der Tariferhöhung finanziell entlastet werden soll. Entsprechende Anträge liegen der Reichsregierung bereits seit langem vor. Die Bedenken, die von der Regierung in dem früheren Stadium der Verhandlung gegen die Tariferhöhung vorgebracht wurden, bestehen selbstverständlich auch jetzt noch zu recht.

### Die Hilfe für die Ostgebiete.

#### Aus der Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat Dienstag nachmittag unter dem Vorz. des Reichskanzlers zur Erledigung einer größeren Anzahl laufender Angelegenheiten in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammen.

In erster Linie kamen die Anregungen, die der Herr Reichspräsident in seinem bekannten Schreiben an die Reichsregierung vom 18. ds. Mts. gemacht hatte, zu eingehender Erörterung. In diesem Zusammenhang hatte der Reichsminister des Innern vor kurzem dem Kabinett einen im Einvernehmen mit den beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts ausgearbeiteten Plan einer Reichs- und Staatshilfe für die bedrängten Ostgebiete vorgelegt, der in der Kabinettsitzung die grundzügliche Zustimmung der Reichsregierung gefunden hat.

Mit der Ausführung dieses Planes der an sich für zehn Jahre vorgesehen ist, soll im bevorstehenden Haushaltsjahr 1930 mit den im Haushaltssatzung vorgesehenen 22 Millionen Mark begonnen werden.

Sodann berichtete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die in den letzten Tagen zustandekommenden agrarpolitischen Anträge der Regierungsparteien, die ihre parlamentarische Genehmigung beschleunigt finden sollen.

### Vorläufiger Finanzausgleich.

#### Beitrag des Reichsrats.

Im Reichsrat wurde am Donnerstag der Gesetzentwurf zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs verabschiedet.

In der Schlusssitzung wurde der vorläufige Finanzausgleich mit 49 gegen 17 Stimmen angenommen. Zugestimmt stimmten Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe und Sachsen-Anhalt.

Diese Übergangsregelung stellt nur eine Zwischenlösung dar, mit der den Ländern und Gemeinden über die besonderen Schwierigkeiten des Rechnungsjahrs 1930 hinweggeholfen werden soll. Von der preußischen Regierung wurde eine

#### Verordnung des Par. 35

des Finanzausgleichsgesetzes dahin beantragt, daß den finanziell schwachen Ländern in Zukunft aus dem Auskommen aus der Einkommens- und Körperschaftssteuer neben der normalen Überweisung nicht mehr weitere 25 Prozent, sondern nur noch 15 Proz. überwiesen werden sollen.

Dieser Antrag, gegen den sich die Vertreter Bayerns und der kleineren Länder wandten, wurde mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen.

Mit der preußischen Regierung und sämtlichen preußischen Provinzen stimmten dafür das Land Sachsen sowie die Hansestädte. Nach Annahme des preußischen Antrags gaben die Vertreter von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin

#### schärfste Protesterklärungen

ab. Mecklenburg-Schwerin erklärte, es sehe in demselben Beschuß eine Verlegung des Artikels 8 der Reichsverfassung und werde deswegen Klage beim Staatsgerichtshof erheben. Vor der Schlusssitzung erklärte der Vertreter Bayerns, er müsse das Gesetz ablehnen, weil der Reichsrat den Anträgen Bayerns

in verschiedenen Punkten, vor allem hinsichtlich des Verteilungsschlusses bei der Biersteuer und der Umzugssteuer, nicht Rechnung getragen habe. Auch die Vertreter von Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Lippe erklärten sich gegen die Vorlage.

### Dr. Janson erklärt.

Der Eisenacher Oberbürgermeister zu den Anschuldigungen.

Zu den Anschuldigungen gegen den Eisenacher Oberbürgermeister Dr. Janson erklärte dieser in der Presse:

"Einige Zeitungen haben geglaubt, eine belanglose, nur brüderlich interessierende Stellungnahme angelegenheit der städtischen Selbstverwaltung zu einem großen politischen Skandal machen zu sollen. Die unbedeutende Stelle eines Polizeidomänners (Gruppe 4b) sollte mit einem Manne besetzt werden der persönlich unbelastet und ohne jegliche politische Bindung war.

Die Unterredung mit dem Bewerber bezweckt lediglich vorhandene ungünstige Auskünfte (Weichheit und Unreigntheit für den Exekutivdienst, Selbstverständigung im Kriege, nichtstreitwillige Ausscheidung aus dem preußischen Polizeidienst) aufzuklären und nach Möglichkeit zu entkräften. Die Unterredung hatte nicht im geringsten eine politische Tendenz.

Sie ist nur durch Umstellung, Aenderung und Erfindung ins Hochpolitische umfassiert worden. Da behaupteten Zusammenhänge mit dem Minister Dr. Greif sind frei erfunden. Der Oberbürgermeister Dr. Janson hat gegen den in Frage kommenden Polizeidomännern Macht, den Redakteur des "Vorwärts" und andere Zeitungen Strafantrag gestellt."

### Politische Rundschau.

Berlin, den 21. März 1930.

— Der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis wurde zum Ehrenbürger der Friedrich-Wilhelms-Universität ernannt.

— 60. Geburtstag des preußischen Innenministers. Der preußische Innenminister, Prof. Dr. Waentig, feiert am heutigen Freitag seinen 60. Geburtstag. Die Leitung des Innenministeriums übernahm Prof. Waentig nach dem Rücktritt Grzesinski.

— Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Sadek, sprach im Berliner Anwaltsverein über die Grundfälle der amerikanischen Demokratie. Einer der fundamentalen Grundfälle sei das Prinzip des "equity of opportunity", das darin besteht, daß für alle gleiche Möglichkeiten geschaffen würden.

### Rundschau im Auslande.

— In Wien erwartet man den griechischen Staatspräsidenten Gaitis, der mit einer österreichischen Krankenpflegerin verheiratet ist, zu einem mehrjährigen Besuch.

— Der internationale Kodifizierungsausschuss in Amsterdam beschäftigt sich mit der Frage der Nationalität der vereinigten Frau.

— Die Abgeordneten der ungarischen Parteien in der Tschechoslowakei und die der Römer Deutschen und der deutschen Gewerbe partei haben sich zu einer parlamentarischen Fraktion zusammengeschlossen.

#### Enteignungen deutscher Bodens in der Tschechoslowakei.

— Das tschechoslowakische Bodenamt hat die ausgedehnten Waldherrschaften bei Rositz und Eichhorn bei Brünn enteignet und den Besitzern eine Entschädigung geahndet, die ein Viertel von dem wertlichen Wert des Bodens beträgt. Um diesen Waldbesitz bemüht sich nun der Staat, das Land Mähren-Schlesien und Brünn. Der Preis, den das Bodenamt fordert, beträgt 45 Millionen Kronen.

### Kein Rücktritt Stalins.

#### Moskau dementiert.

Nach lettischen Berichten aus Moskau soll Stalin, der Generalsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion zurückgetreten sein.

Die amtlichen Stellen der Sowjetunion in Moskau erklarten, daß diese Nachrichten nicht den Tatsachen entsprechen. Ein Rücktritt Stalins könnte nur mit dem Einverständnis des Parteitages erfolgen, der am 15. Mai in Moskau stattfinde. Besonders die Nachricht, daß Stalin gewungen sei, sein Amt niederzulegen, ist nach den amtlichen russischen Stellen ein böswillige Erfindung.

### Wieder Bürgerkrieg in China.

General Sun will Nordchina selbstständig machen. — Feng übernimmt den Oberbefehl.

— London, 21. März.

Nach den letzten Meldungen aus China beginnt dort der Bürgerkrieg, der mit kurzen Zwischenräumen seit Jahren China verharrt, von neuem. General Sun, der „Mustergouverneur“ von Schantung, plant die Errichtung einer selbständigen nordchinesischen Republik. Den Oberbefehl über die Truppen der Rebellen hat General Feng übernommen.

In Ergänzung zu dieser Meldung berichtet der "Daily Telegraph" praktisch, daß die Errichtung der unabkömmlingigen nordchinesischen Republik mit der Verbreibung aller Beamten der Nanjing-Regierung auf der Tientsin-Peking-Eisenbahn und den Telephon- und Telegraphenämtern, sowie mit der Beschlagnahme aller Zeitungen, die für die Nanjing-Regierung eintraten, eingeleitet worden. Anhänger des Präsidenten Chiang Kai-shek sollen in das Gefäßhafenviertel von Peking sowie in die freiem Konzessionen von Tientsin geflüchtet sein.

Die Regierung von Nanking hat sich in dem Konflikt Hsien mit Chiang Kai-shek für neutral erklärt, obwohl sie vertraglich zur Unterstützung der Centralregierung in Nanking verpflichtet wäre.

\* Das vom Verleger der "Gazette du France" überreichte Schluß um vorläufige Freilassung der ehemaligen Bezieherin der "Gazette du France" ist vom Gericht abgelehnt worden.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Bürgermeister Angermann vor Gericht.

Wie noch allgemein erinnerlich sein dürfte, wurden am 11. Februar an der Straßenkreuzung Hindenburg-Oststraße in Dresden-Johannstadt ein Geschwisterpaar die zehnjährige Tochter Hildegard und der achtjährige Sohn Erich des Oberrechnungsinspektors Weber vor einem vom Bürgermeister Angermann aus Kloster gesetzter, mit vier Personen befehlt Personenkraftwagen erschossen und fortgeschleift. Der Knabe war sofort tot, das Mädchen starb innerhalb weniger Minuten.

Am Donnerstag begann unter starkem Andrang des Publikums vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden die Hauptverhandlung gegen Bürgermeister Angermann, der sich nun wegen fahrlässiger Tötung und Vergehen gegen die Bestimmungen der Kraftfahrgesetze zu verantworten hatte.

In der Verhandlung erklärte Angermann, der bereits zeitlich wegen Kraftfahrtübertretung vorbestraft ist, daß er in einem Tempo von 25–30 Kilometer gefahren sei, da die Strafe völlig frei war. An der Kreuzung habe er gewohnheitsmäßig gehupt. Plötzlich seien die Kinder vor dem Kühler aufgetaucht und im Bruchteil einer Sekunde sei das Unglück geschehen.

Das Urteil für das der Staatsanwalt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis beantragt hatte, lautete auf 7 Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung und Vergehen gegen die Kraftfahrgesetze.

#### Ein "Gründer".

Wegen Urkundenfälschung und Betrugs hatte sich im zweitägigen Verhandlung der Kaufmann Hans Hunold aus Halle und zwei Genossen vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig zu verantworten. Hunold gründete 1924 in Leipzig eine deutsch-italienische Handelsgesellschaft und später die Leipziger Textilwaren- und Muster-Produkte-Import-Gesellschaft. Das Geschäft wurde groß ausgeweitet, obwohl von vornherein alle Waren auf Kredit genommen wurden. In wenigen Monaten entstand eine Schuldenlast von 50 bis 60 000 RM. Hunold flüchtete hierauf ins Ausland. Vor kurzem wurde er verhaftet. Das Gericht verurteilte Hunold zu einem Jahr und seine beiden Mitangeklagten zu zehn bzw. drei Monaten Gefängnis.

### Urteil im Hartmannsdorfer Aufruhrprozeß

Chemnitz, 21. März.

Das Gemeinsame Schöffengericht Chemnitz fällte gestern abend in dem Hartmannsdorfer Aufruhrprozeß wegen der Vorfälle vom 15. Januar 1930 folgendes Urteil:

Es erhalten die Angeklagten Ema Knöth 1 Jahr 3 Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruchs, Willi Busch 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Gottlieb Arno Büsch 6 Monate Gefängnis, Werner Wagner 3 Monate Gefängnis, alle wegen Landfriedensbruchs mit Aufruhr; Hans Helbig 3 Wochen Gefängnis und Hans Kleemann 20 Mark Geldstrafe, beide wegen Beleidigung, Bewährungsstrafe wird in allen Fällen abgelehnt, dagegen erhält Werner Wagner als Jugendlicher eine dreijährige Probezeit zu gebilligen. Frau Knöth wurde auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen; bei ihr wurde die Untersuchungshaft vom 27. Januar bis gestern angerechnet. Bei den anderen Angeklagten kommt eine Untersuchungshaft nicht in Frage, da sie nur einen Tag in Haft waren.

Im Begründung erklärte das Gericht, daß durch die Zeugenaussagen die Schuld der Angeklagten im Sinne der Anklage hinreichend erwiesen sei.

### Der Wüstenkönig in Markose

Wazan. Unter dem Tierbestand des zurzeit hier gastierenden Zirkus J. Busch befindet sich ein mächtiger Berglöwe, der vor einigen Monaten durch den Brandenbrehl eines Tigers am rechten Auge verletzt worden war. Es hatte sich ein Wundstall der Linse entwölft, die als fastanengroße Blutblase über dem Augapfel wucherte. Um das an sich schöne Exemplar des achtjährigen Tieres zu erhalten, entschloß sich Direktor J. Busch, den Löwen operieren zu lassen, und zog den bekannten Spezialisten der Raubtierchirurgie Privatdozent Dr. Böcker von der Tierpoliklinik der Universität Leipzig zu, der im vorigen Jahre bei einer Löwin erfolgreich den Kaiser Schnitt ausgeführt hatte. Dr. Böcker wurde assistiert von Dr. Jensen von der gleichen Klinik.

Nachdem der Löwe in einstündiger Arbeit in den Spiegeloperationsstall geführt und gesesselt worden war, konnte die Markose vorgenommen werden. Angewandt wurde an Stelle der Chloroform, das Löwe zu sehr aufregt, das neue Markosenmittel Vernonon, das in eine Vene des Hinterschenkels eingespritzt wurde. Nach einhalbstündiger Dauer konnte die Operation begonnen werden. Gleichzeitig mit dem Augapfel wurden beide Lider und Tränendrüsen entfernt, da die Operationswunde aus plastischen Gründen vernäht werden sollte. Beide Arzte arbeiteten, die Zeit der Markose ausgenommen, angestrengt 75 Minuten, während der der Löwe in einem tiefen, ruhigen Schlaf bei guter Atmung blieb. Die Operation gelang ausgezeichnet. Direktor J. Busch hofft, den operierten Löwen in zwei Tagen bei der Premiere seines Unternehmens wieder in der Manege zeigen zu können.

### Aus Stadt und Land.

Direkter Fernsprechverkehr Deutschland-Brasilien. Anlässlich der Eröffnung des direkten Fernsprechverkehrs Deutschland-Brasilien wurde das erste offizielle Gespräch zwischen Berlin und Rio de Janeiro bei einem Kaffeekränzchen geführt, den die brasilianische Rundschau "Ouro", amtliches Organ der deutsch-brasilianischen Handelskammer, am Freitag im Hotel Kaiserhof gab. In Rio de Janeiro sprachen der brasilianische Außenminister Dr. Octavio Mangabeira, dann der deutschstämmige Verkehrsminister Dr. Böll, Kondor und andere, in Berlin sprachen Staatssekretär von Schubert, Reichspostminister Dr. Schäkel und der Gesandte Brasiliens in Deutschland, Dr. Guerra Daval und andere.

Bom eisernen Vorhang zerquetscht. In Köln begab sich ein Kaufmann nach einer Vorstellung im

Schauspielhaus vom Bühnerraum auf die Bühne, um einen Schauspieler zu begrüßen. Er benutzte dazu einen der Laufstiege, die eigens vom Balkett zur Bühne gelegt waren, um den Umzug eines historischen Festes zu ermöglichen. Als er sich auf demselben Wege zurückzugeben wollte, fand er offenbar nicht sofort die Luke in der Mitte des provisorischen Samborchangs und bemerkte, am Sehen behindert, auch nicht, daß der eiserne Vorhang, der bereits sich zu senken begann, ihn ersaß. Durch die Schreie aus dem Publikum wurde der Bühnenmeister aufmerksam und ließ sofort den eisernen Vorhang wieder hochgehen. Das Opfer des Unfalls hatte aber bereits schwere Brustquetschungen erlitten, die seinen Tod im Krankenhaus herbeigeführt haben.

**Ein Fremdenlegionär verlor erschossen.** In Neulauterburg in der Pfalz nahm der Gendarmerieoberwachtmeister Schüßel zwei junge Leute, die ihm verdächtig erschienen, fest. Unweit der Station riss der eine aus. Der Ausreiter blieb auf das wiederholte Anrufen des Gendarmeriebeamten nicht stehen, weshalb der Beamte von seiner Waffe Gebrauch mache. Der Getroffene konnte noch den Rückweg antreten und in das Gendarmerielatal gebracht werden, wo er unmittelbar darauf starb. Der Erschossene heißt Wastelhuber und stammt aus Guttenberg in Bayern. Geboren ist er 1900. Nach Feststellungen der Gendarmerie wollte Wastelhuber seinen Begleiter der Fremdenlegion zuführen.

**Vier Touristen im Buchsteingebiet verschüttet?** Am Mittwoch unternahmen vier Touristen in das Röss- und Buchstein-Gebiet eine Wanderung, von der sie jedoch am Abend nicht mehr zurückkehrten. Da in dem Gebiet Lawinen niedergegangen sind, befürchtet man, daß die Touristen von einer Lawine erfaßt und verschüttet wurden. Eine acht Mann starke Rettungsmannschaft begab sich sofort an die vermutliche Unfallstelle, konnte aber bis zur Stunde nichts finden.

**Stagener Besuch des Kreuzers „Köln“.** Stagener hatte am Mittwoch den Besuch des deutschen Kreuzers „Köln“, der am Morgen vor der Stadt vor Anker ging. Im Laufe des Tages stattete der Kommandant den örtlichen Behörden den üblichen Höflichkeitsbesuch ab. Am Nachmittag hatte die Belagerung Landgang. Bei dieser Gelegenheit wurden an den deutschen Kriegsgräber auf dem örtlichen Friedhof Kränze niedergelegt. Am Abend lichtete die „Köln“ wieder die Anker mit Wilhelmshaven als Ziel.

**Eine ganze Familie verbrannte.** In Tarus in der Türkei brannte das Haus des Abgeordneten Bessim bei nieder. Dabei kamen sämtliche Familienmitglieder des Abgeordneten, einschließlich des Hauses, in den Flammen um. Nur Bessim bei selbst blieb von der Katastrophe verschont, da er zufällig vom Hause abwesend war.

#### kleine Nachrichten.

\* Zwei wilde Hunde drangen in der Nacht im Dorf Harleshausen bei Kassel in einen Schafstall ein und richteten dort ein furchtbares Blutbad an. Etwa 70 Schafe wurden getötet. Die Hunde flüchteten, als Leute hinzutaten.

\* Bei einer Fähreilfahrt in Westfalen stürzte ein Automobil, das auf der Höhe einem anderen Platz machen wollte, ins Wasser. Trotz sofortiger Rettungsarbeiten gelang es nicht, das Automobil zu heben. Der Kraftwagenführer kam in dem geschlossenen Wagen um.

\* Am einem Eisenbahnhügelgang bei Aalst (Flandern) wurde ein Auto von dem nach Gent fahrenden Zug erfaßt. Von den Autowasser wurden zwei getötet, ein dritter schwer verletzt.

\* In Lemberg ist während eines Gottesdienstes zu Ehren Marshall Pilsudski in der Kirche ein Sprenggeschoss geplatzt. Von den Anwesenden wurde niemand verletzt.

\* Zu Warschau wurden die neuen Clubräume des deutschen Hilfsvereins unter starker Beteiligung der deutschen und deutsch-österreichischen Kolonie, der beiden Gesandtschaften, der deutschen Studentenschaft und der deutschen Presse feierlich eröffnet.

\* Im Hafen von Philadelphia sleg der Dampfer „Hegan“, der eine Ladung Petroleum an Bord hatte, anscheinend durch Funkenflug plötzlich unter riesigem Feuer in die Luft. Am Kai stehende Petroleumzisterne fingen ebenfalls Feuer und wurden vernichtet.

## Die Kämpfe im Ruhrbergbau.

#### Schiedspruch für die technischen Angestellten.

In Essen fanden die Verhandlungen beim Bechenverband statt, um das Mehrarbeits-Abkommen für die technischen Angestellten im Ruhrbergbau neu zu erledigen. Der Versuch des zuständigen Schlichters, die Parteien über die Schaffung eines neuen Mehrarbeitsabkommen für die Techniker, Werkmeister und Fördermaschinisten des Ruhrbergbaus zu einigen, ist gescheitert. Von den Angestelltenverbänden wurde erneut eine höhere Bezahlung der Über- und Sonntagsarbeit gefordert.

Es ist dann eine Schlichtersammer unter dem Vorsitz des Schlichters gebildet worden. Nach eingehenden Beratungen wurde ein

#### Schiedspruch

gefäßt, der die Verlängerung des unveränderten Mehrarbeitsabkommen unfindbar bis zum 28. Februar 1931 vorsieht. Damit sind alle Forderungen der Angestelltenverbände abgelehnt worden. Bei einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs wird eine Kündigung erst zum 31. März 1931 möglich sein.

Wie wir erfahren, werden die Angestelltenverbände den Schiedspruch ablehnen; der Bechenverband wird ihn annehmen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragen.

#### Bor dem Wirtschaftskriegen in Australien.

Der australische Bergarbeiterstreit nähert sich nun nach mehr als einjähriger Dauer seinem Ende. Die Grubeneigentümervereinigung im nördlichen Südwales hat beschlossen, ihre Gruben wieder zu öffnen. Auch in anderen Bezirken werden nunmehr Vorberichtigungen getroffen, um die Arbeitsaufnahme in aller Kürze zu ermöglichen. Die Zahl der Bergarbeiter, die sich zur Arbeitsaufnahme bei herabgesetzten Löhnen bereitstellen, ist bereits sehr groß.

## Hochwasser im Westen.

#### Überschwemmungen an Mosel und Nahe.

Die Mosel ist in ständigem Steigen begriffen. Der letzte Pegelstand in Trier betrug 8,63 Meter. Die Wassermassen sind verschiedentlich über die Ufer getreten und haben das umliegende Gelände überschwemmt. Das Wasser ist nur noch eine kurze Strecke von den Schienen der Moseltalsbahn entfernt.

Der Fußgängerweg bei Bingerbrück, kurz vor der Mündung der Nahe in den Rhein, mußte entfernt werden, weil die Gefahr bestand, daß der Fluß die Brücke mitreißen würde.

#### Die Opfer der Katastrophe in Südfrankreich.

Nach den jetzt vorliegenden amtlichen statistischen Angaben stellt sich heraus, daß die von französischen Nachrichtenbüros in der Deftlichkeit verbreiteten Nachrichten über die bei dem Überschwemmungsunfall in Südfrankreich ums Leben gekommenen Personen stark übertrieben waren.

Im ganzen haben 206 Personen das Leben eingeholt. Die Zahl der zerstörten Gebäude beträgt 2687.

Die privaten Sammlungen zum Besten der Hochwassergeschädigten haben den Betrag von 20 Millionen Franken überschritten.

## Der Potsdamer Skandal.

Das Tafelsilber der Frau Dr. Momms vollständig wiederhergestellt.

Von den mit der Untersuchung des Falles Momms beauftragten Kriminalbeamten wurde in der Regierungshauptkasse des Potsdamer Regierungspräsidiums eine Kiste gefischt, die Frau Dr. Momms dort vor einiger Zeit ins Depot gegeben hatte.

Nach den Angaben, die sie ihrer Familie darüber gemacht hatte, sollte sich darin das Silber befinden, das bei dem „Einbruch“ im Winter vorlängen Jahres übriggeblieben war und das man, als sich ein zweiter angeblicher Diebstahl ereignete, nur durch Verschluß in den Kasenräumen des Regierungspräsidiums sicherstellen wollte. Ein Inventarverzeichnis war nicht mitgegeben worden.

Bei der Belebung der Kiste stand man jedoch nicht nur das angeblich mitgesicherte Silber, sondern auch Teile des Silberkastens, die seit dem angeblichen Einbruch Ende vorigen Jahres verschwunden waren, die also Frau Dr. Momms bis zur Auflösung der Kiste ins Depot irgendwo im Hause verstaut gehalten und dann in einem unbewachten Augenblick mit in das in den Kasenräumen aufbewahrte Paket geschmuggelt hatte. Anschließend lebt von allen verschwundenen Sachen jetzt nur noch ein Pelzmantel, der wahrscheinlich in der Werkstatt verbrannt worden ist.

Die Deposition der Kiste stand man jedoch nicht nur das angeblich mitgesicherte Silber, sondern auch Teile des Silberkastens, die seit dem angeblichen Einbruch Ende vorigen Jahres verschwunden waren, die also Frau Dr. Momms bis zur Auflösung der Kiste ins Depot irgendwo im Hause verstaut gehalten und dann in einem unbewachten Augenblick mit in das in den Kasenräumen aufbewahrte Paket geschmuggelt hatte. Anschließend lebt von allen verschwundenen Sachen jetzt nur noch ein Pelzmantel, der wahrscheinlich in der Werkstatt verbrannt worden ist.

Die Deposition der Kiste stand man jedoch nicht nur das angeblich mitgesicherte Silber, sondern auch Teile des Silberkastens, die seit dem angeblichen Einbruch Ende vorigen Jahres verschwunden waren, die also Frau Dr. Momms bis zur Auflösung der Kiste ins Depot irgendwo im Hause verstaut gehalten und dann in einem unbewachten Augenblick mit in das in den Kasenräumen aufbewahrte Paket geschmuggelt hatte. Anschließend lebt von allen verschwundenen Sachen jetzt nur noch ein Pelzmantel, der wahrscheinlich in der Werkstatt verbrannt worden ist.



Lord Arthur James Balfour.

Leichte Aufnahme des englischen Staatsmannes Lord Arthur James Balfour, der im Alter von 81 Jahren in London gestorben ist.

## „Rot Front!“ in der Kirche!

#### Berliner Kommunisten führen Gottesdienste.

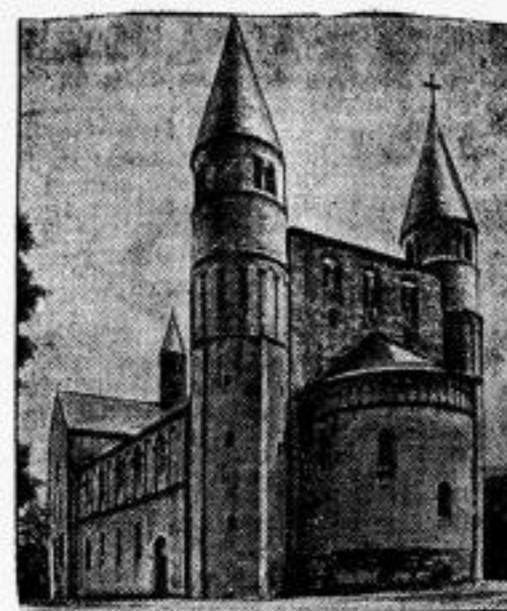
In Berlin versuchten Kommunisten nach einer von der „Roten Fahne“ ausgegebenen Parole in verschiedenen Kirchen die Abendgottesdienste zu stören. So drang z. B. eine Menge von 20 jugendlichen Kommunisten in die katholische St. Pauluskirche in der Oldenburger Straße ein und schrie: „Rot Front!“

Eine Anzahl von Gemeindemitgliedern trieb die Störenfriede hinaus und konnte einen von ihnen festhalten und der Polizei übergeben. Um Beschädigungen der Kirche während der Nacht zu verhindern, übernahmen Gemeindemitglieder die Bewachung des Gotteshauses.

Ein ähnlicher Vorfall spielte sich um 7.30 Uhr in Berlin-Adlershof ab. Dort erschien plötzlich während einer Abendandacht vier Kommunisten in der evangelischen Kirche und brüllten ebenfalls „Rot Front!“. Ehe es gelang, die Kordel festzunehmen, waren sie bereits im Dunkel entkommen.

II. Der überlistete Richter. Ein Kaufmann, der vor einem englischen Gericht wegen einer Bagatelle zu zehn Schilling verurteilt wurde, legte die Summe in kleinsten Kupfermünzen auf den Richtertisch nieder.

Auf die Weigerung des Richters, das Geld in dieser Form anzunehmen, schlug der Verurteilte ein Gesetzbuch auf und bewies daraus, daß der Richter das Geld auch in dieser Form annehmen müsse. Als nun der Richter die Münzen wegnahm wollte, nahm sie der Verurteilte rasch wieder an sich und berief sich darauf, daß er nach dem Gesetz nicht zu zahlen brauche, wenn der Richter mit der Annahme gezögert habe. Dann grüßte er höflich und verschwand.



1000 Jahre Bernkrode am Harz.

Auch in diesem Jahre wieder können viele deutsche Städte Ehrinnerungsfeiern an ihre Gründung begehen. Zu ihnen gehört auch die Stadt Bernkrode a. Harz, die 1000 Jahre alt ist. Unser Bild zeigt die Stiftskirche der jubilierenden anhaltischen Stadt.

## Sport.

II. Turnerausbau konnte bisher jeder Kreis der DT, dessen Ergebnisse der Bestandscheckung vom 1. Januar 1930 bis jetzt bekannt geworden sind, verzeichnen. Rheinland melde 4484, Norden 673, Schwaben 2571, Brandenburg 2571 und Westfalen 1468 Mitglieder Juniors.

II. 650 Starter hat das 5. Berliner Polizei-Hallen-Sportfest am 1. April aufzuweisen. Reichtaklett, Turnen, Handball und Schwimmathletik kommen zu Wort.

#### Gedenktage für den 22. März.

1459 \* Kaiser Maximilian I. in Wiener-Neustadt (\* 1519) — 1599 \* Der Maler Antonius van Dyck in Antwerpen (\* 1641) — 1797 \* Kaiser Wilhelm I. in Berlin (\* 1888) — 1832 \* Johann Wolfgang v. Goethe in Weimar (\* 1749) — 1866 \* Der General Hans v. Seest in Schleswig.

Sonne: Aufgang 6,0; Untergang 18,15.  
Mond: Aufgang 2,53; Untergang 9,34.

#### Gedenktage für den 23. März.

1839 \* Der Meteorologe Julius v. Hann auf Schloss Haus bei Dinz (\* 1912) — 1842 \* Der französische Schriftsteller Henry Beyle (Stendhal) in Paris (\* 1783) — 1918 Italien erklärt sich als selbständiger Staat — 1924 \* Der Kolonialpolitiker Joachim Graf v. Pfeil in Friedersdorf (\* 1857) — 1929 \* Der Komponist Anton Webern in München (\* 1864) — 1936 \* Der französische General Gouraud in Paris (\* 1856).

Sonne: Aufgang 5,58; Untergang 18,17.  
Mond: Aufgang 3,44; Untergang 10,31.

## Handelsteil.

II. Dresden Börse vom 20. März. Die Amélie an den Preissenkungen waren zwar heute etwas größer als in den letzten Tagen und die Grundklimmung blieb auch durchaus freundlich, eine einheitliche Kursbildung konnte sich jedoch nicht durchsetzen, da in einigen in den letzten Tagen bevorzugten Werten Verlaufsausträge der Privatkundshaushalte vorlagen, die zu kleinen Abschwächungen führten.

Berlin, den 20. März 1930.

Am Devisenmarkt waren die Kurse nur wenig verändert, die Reichsmark notierte steifer.

Am Effektenmarkt setzte das Weißgold in leichter Haltung ein. Die Ermäßigung des Londoner Diskonts auf 3½ Prozent und des Berliner Privatdiskonts auf 5 Prozent wirkten sich günstig aus. Bei lebhafterem Geschäft konnten sich die Kurse weiter verbessern. Später erhöhten sich die Kurse abermals, besonders Kunstsieden. Die Börse schloß durchaus hell, wenn auch die höchsten Notierungen nicht gehalten werden konnten. Heimische Renten waren wenig verändert. Am Geldmarkt war Tagesgeld erneut billiger. Die Säke für Privatdiskont 5½ Prozent.

Am Produktionsmarkt hat die große Nachfrage nach promptem Inlandsweizen, den die Mühlen auf Grund des Vermühlungsfestes benötigen, bei dem äußerst knappen Angebot die Preise beträchtlich gesteigert. Auch Roggen hatte eine steife Haltung. Gerste blieb fest und Hafer wurde besser bezahlt. Mais und Kleie waren mehr gefragt. Mehl hatte größere Nachfrage bei leicht gehobenem Preisstand.

#### Devisenmarkt.

Dollar: 4,1875 (Weiß), 4,1955 (Brief), engl. Pfund: 20,362 20,402, poll. Gulden: 167,94 168,28, ital. Lira: 21,915 21,955, franz. Franken: 16,375 16,415, Belgien: 58,345 58,465, schweiz. Franken: 81,04 81,20, belg. Krone: 112,11 112,33, schwed. Krone: 112,46 112,68, norw. Krone: 112,05 112,27, tschech. Krone: 12,41 12,43, österr. Schilling: 59,00 59,12, span. Peseta: 53,05 53,15.

#### Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Saaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 243—245 (am 19. 3.: 240—243). Roggen Märk. 144—149 (144—149). Braunernte 162—172 (162 bis 172). Rüter- und Industriegetreide 142—152 (142—152). Hafer Märk. 124—134 (121—131). Mais lofo Berlin Va Blata 157 (157). Rundmänen 145 (144—145). Weizenmehl 27—34,60 (26,75—34,50). Roggenmehl 20,50—23,75 (20,25—23,50). Weizenkleie 8,10—8,60 (8—8,50). Roggenkleie 8,50—8,75 (8—8,25). Weizenkleiemehl — (—). Hafer — (—). Maisa — (—). Bitternierenherzen

